

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Samstag, außer an Sonn- und Feiertagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Hälfte 1500.— M. Einzelverkaufspr. 120 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 1905 nur Redaktion.  
1926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die acht gespaltene Zeile oder deren Raum 300.— Mark, auswärtige 350.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 M., für Reklamen 1200.— M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle  
1905 nur Redaktion.

# Lübecker



# Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 105.

Montag, 7. Mai 1923.

30. Jahrgang.

## Es geht ums Ganze!

Dr. L. Lübeck, 7. Mai.

Stammtischredatoren waren seit je schnell fertig mit aller Politik. Sie halten durch! Sie rufen nach dem starken Mann und seufzen nach Bismarck. Und schließlich — in der richtigen Stimmung — zeigen sie dem französischen Gefindel ihre hierfettgepollsterte Germanenfaut.

Darüber soll man sich nicht aufhalten. Jeder Zeitgenosse hat das Recht, sein bißchen Verstand in angemessener Weise zu beschäftigen. Außerdem handelt es sich doch im allgemeinen um recht harmlose Spießbürger, die eine Stunde später ihre ganze Stammtischbegeisterung friedlich schnarrend vergessen haben.

Wenn aber sogenannte politische Kreise auf ähnliche Pfade sich verirren, so wird die Sache bedenklich. Wer die bürgerliche Presse — besonders der Provinz — der letzten Tage durchguckt, der stellt mit Schrecken fest, daß das deutsche Bürgertum wieder mitten drin ist in jener unseligen Katastrophepolitik des Jahres 1918, die ihre ganze Weisheit in dem Wörtchen „Durchhalten“ zusammenpreßte. Auch dann noch, als alles schon zertrümmert und zerfallen war.

Es blieb dem hiesigen Mittelstandsorgan vorbehalten, diese Durchhaltepolitik zu einer Rindersuppe zusammengequirlt ihrer ahnungslosen Leserschaft anzukochen. Leitartikel sind schnell geschrieben! Aber eine Gegenfrage verwandelt sie manchmal in Schall und Rauch.

Wie lange soll denn das Nunquam retrorsum, das „Nie-mals zurück“, gelten? Und was dann, wenn Frankreich die gleiche Parole ausstößt? Dann stehen die Franzosen in hundert Jahren noch in Eifen! Und dann heißen die deutsche Industrie und die deutschen Eisenbahnen ihre Dampfessel mit Leitartikeln der „Lüb. Neuest. Nachr.“

Sollte es wirklich einen deutenden Politiker in Deutschland geben, der daran glaubt, daß Foch und Poincaré zu Kreuze kriechen werden? Eher wird die Trane umkehren und rückwärts fließen!

Oder dient dies ganze Durchhaltegejesel einem anderen Zweck? Der Vorbereitung einer neuen Dolchstoßlegende? Jaßt sieht es so aus!

Die sozialdemokratische Kritik an der Regierung Cuno hat in bürgerlichen Kreisen eine Heße gegen die Sozialdemokratie ausgelöst, da sie den starken Mann Cuno der Verständigung mit Frankreich opfern wollte.

Wir haben darauf nur eins zu erwidern: Wenn wir die Ueberzeugung haben, daß die Regierung Cuno zu einer Lösung der schwierigen äußeren und inneren Lage der deutschen Republik unfähig ist, so sind wir verpflichtet, ihm jede Gefolgschaft zu verweigern. Und es ist in der Tat schwer, eine andere Ueberzeugung zu haben!

Was hat denn Cuno von seinen schönen Versprechungen bisher gehalten? Gleichenmäßige Lastenverteilung? Die Proletarier zahlen neunzehn Zwanzigstel der gesamten Einkommensteuer! Das Bankgeheimnis ist wieder gefährdet! Die Ausfuhrabgabe wird mehr und mehr ver-wässert! Der Dollar steigt. Die Profite steigen mit. Die Löhne aber sinken jetzt! Die Getreideumlage liegt in den letzten Zügen. Der Brotpreis wird in kurzer Zeit die tollsten Sprünge machen. Das alles nennt man, nannte Cuno gleiche Lastenverteilung!

Und die neu angekündigten Maßnahmen gegen die Devisenspekulation? Was wir vor einem Jahre dringend forderten, soll jetzt zu 10 Prozent verwirklicht werden. Kontrolle der Devisenbestände! Die Meister vom Fach lachen sich tot! Und Cuno lächelt! Lächelt sich über seine Verlegenheitswursterei hinweg und spielt den starken Mann.

Was hat er denn bisher geleistet? Er hat den Franzosen im Januar die Antwort gegeben, die jeder andere, Wirth, das ganze Volk, auch gegeben hätte. Und die die Bergarbeiterchaft in die Tat umgesetzt hat. Gehörte da so unendlich viel Mut, gehörte da vielleicht die so brünstig angebetete Spießbürgerfaut dazu?

Wir haben in Wirklichkeit seit der Revolution keine unfähigere Regierung gehabt, als die jetzige. Selbst Fehrenbach-Simons haben nicht so glänzend versagt. Die nächsten Wochen werden uns recht geben! Leider! Nie und nimmer kann die Sozialdemokratie den Weltzustand mit geschlossenen Augen, den Cuno und Rosenberg tanzen, noch länger wohlwollend mit ansehen. Sie muß ihre eigenen Wege gehen, die sie vor sich, vor dem deutschen Volke und ihren Wählern auch wirklich verantworten kann.

Die französisch-belgische Antwort liegt nun vor. Cuno hat die Quittung! Und wir wissen, daß wir heute genau so weit sind, wie vor vier Monaten. Wie soll der Wagen nun weiter geschoben werden. Wenn unsere Lage nicht so unendlich traurig wäre, so könnte man den Vorschlag machen, daß Cuno und seine bürgerlichen Helfer so lange „Nunquam retrorsum“ mit voller Kehle in die Welt schreien sollen, bis die Mauern von Paris, wie einst die von Jericho, umfallen

## Die Antwort Frankreichs.

III. Paris, 6. Mai.

Die französische Note an Deutschland, die mit der belgischen übereinstimmt, wurde heute abend 8 Uhr dem deutschen Geschäftsträger in Paris überreicht und ist ein längeres Schriftstück, in der Form eines Antwortbriefes auf die deutschen Vorschläge gehalten. Die Note ist ausgefüllt mit einer ausführlichen Polemik gegen die deutschen Vorschläge, die abgelehnt werden. Es heißt in der Note:

Deutschland hat die Verpflichtungen, die es eingegangen, nicht gehalten. Ein teilweiser Zahlungsausschub wurde ihm bewilligt. Es hat nicht einmal die herabgeleiteten Pflichten erfüllt. Die Reparationskommission hat der Reihe nach Verschleungen festgestellt, die Deutschland begangen hat. Nur infolge dieser Feststellungen und in der Erfüllung des Vertrages haben Frankreich und Belgien Pfänder erlassen. Entgegen der Behauptung der deutschen Regierung ist diese Ergreifung von Pfändern ohne jede Anwendung von Gewalt von Seiten Belgiens und Frankreichs vor sich gegangen, und hätte es nur von diesen beiden Mächten abgehangen, so wäre eine Zusammenarbeit zwischen den deutschen Industriellen, Ingenieuren und Arbeitern und den französischen Industriellen, Ingenieuren und Arbeitern im Ruhrgebiet sofort hergestellt worden. Nur die Befehle, welche aus Berlin kommen, haben diese Zusammenarbeit verhindert. Die deutsche Regierung behauptet, daß die Bevölkerung durch ihre passive Resistenz auf die Evakuierung der Ruhr geantwortet habe. Nichts ist unwahrer. Nicht die deutsche Bevölkerung, sondern die deutsche Regierung hat den Widerstand gewollt und organisiert. Die deutsche Regierung erkennt das auch selber an, indem sie jetzt erklärt, daß jeder Widerstand aufhören wird, wenn über die vorgelegten Vorschläge eine Verständigung eingetreten wäre. Der Widerstand sei ein spontaner gewesen. Wie könnte dann die deutsche Regierung in der Lage sein, ihn abzuführen oder zu verlängern? Dieser Widerstand ist übrigens keineswegs ein passiver, sondern ein aktiver, da der Versailler Vertrag ausdrücklich festsetzt, daß Deutschland nicht das Recht habe, irgend eine Sanktion, die nach einer von der Reparationskommission festgestellten Verschleung ergriffen wird, als feindlichen Akt zu betrachten. Die deutsche Regierung hat nicht nur einen Aufstand ihrer Beamten, sondern einen allgemeinen und systematischen Konflikt, ferner Angriffe, Zerstörungen und Vergehen gegen das gemeine Recht herausgehoren.

Die belgische und französische Regierung werden keinen deutschen Vorschlag in Erwägung ziehen können, solange dieser Widerstand fort dauert.

Die französische und belgische Regierung müssen hinzufügen, daß die gegenwärtigen Vorschläge Deutschlands nach mehreren Richtungen hin durchaus unannehmbar sind. Das Anerbieten von 30 Milliarden, das die deutsche Note macht, enthält den von ihr selber angewendeten Ausdruck eines elastischen Teiles, bei dem es nicht notwendig ist, die Willkür und Gefahr zu beweisen, mit der er festgelegt wurde.

Die Ziffer, die von der deutschen Regierung genannt wird,

soll nach ihrem eigenen Ausdruck ein Maximum darstellen. Die Alliierten müssen infolgedessen glauben, daß die deutsche Regierung bald auf ihren ursprünglichen Gedankengang zurückkommen und daß sie erklären wird, daß nur der bereits festgesetzte Betrag von ihr bezahlt werde, daß sie jedoch den Gesamtbetrag ihrer Verpflichtungen nicht kenne. In der Tat handelt es sich in den deutschen Vorschlägen nur dem Schein und dem Maaßen nach um 30 Milliarden. Der wirkliche Betrag, der sich erst am 1. Juli 1927 ergibt, beträgt nur eine Summe von 20 Milliarden. Deutschland fordert also ein vollständiges Moratorium von 4½ Jahren, beginnend am 1. Januar 1923, dem Tage, an welchem dem Vondener Zahlungsplan nach die Bestimmungen der Reparationskommission in Kraft treten sollen. Die Summe von 20 Milliarden ist überdies wesentlich herabzusetzen, da bis 1. Juli 1927 die Zinsen für die aufzunehmenden Anleihen vorweg abgezogen werden sollen. Wenn man die Verzinsung mit 6 Prozent berechnet, so fällt der augenblickliche Wert der 20 Milliarden auf 15 Milliarden 820 Millionen herab. Diese Vorschläge sind überdies von Vorbehalten begleitet, die es ermöglichen würden, im Laufe weniger Wochen alles wieder in Frage zu stellen. Die deutsche Regierung garantiert nicht einmal, daß die 20 Milliarden oder die geringere Summe, an die sie denkt, zu dem angegebenen Tage wirklich gezahlt werden. Eine internationale Kommission, so erklärt die deutsche Regierung, soll entscheiden, derartige Angebote zu machen. Jede ernsthafte Abschätzung des Augenblickswertes der angebotenen Summen ist ganz unmöglich. Im Versailler Vertrag hat Deutschland sich seinerzeit verpflichtet, die Reparationskommission als Richter oder eine teilweise Erlassung seiner Schulden und eine Verschiebung seiner Zahlungen anzuerkennen. Frankreich und Belgien können nicht auf die Garantien verzichten, die sie auf Grund des Vertrages besitzen. Als Ersatz für ihre Vorschläge, die zum Teil unannehmbar, zum Teil unmöglich sind, hat die deutsche Regierung die Kühnheit, zu fordern, daß als Ausgangspunkt für Verhandlungen der status quo und in kürzester Frist hergestellte werden sollen, und sie fordert in Anwendung dieser Bedingung namentlich, daß die zuletzt und zwar in voller Uebereinstimmung mit dem Versailler Vertrag besetzten Gebiete geräumt werden sollen, daß die im Rheinland von der interalliierten Kommission zum Schutz der Vertragserfüllung ergriffenen Maßnahmen widerrufen, und daß die Deutschen, die wegen Verstoßes gegen die gesetzlich erlassenen Bestimmungen ausgewiesen oder verhaftet worden sind, wieder in ihre Heimat eingesetzt oder befreit werden sollen. Die belgische und die französische Regierung haben beschlossen, die zuletzt besetzten Gebiete nur nach Maßgabe und im Verhältnis der geleisteten Zahlungen zu räumen. Sie haben keinen Grund, an diesem Entschluß etwas zu ändern. Sie können zum Schluß es sich nicht verlagern, zu bemerken, daß die deutsche Note von Anfang bis zum Ende einen kaum verschleierte Ausdruck einer systematischen Revolte gegen den Versailler Vertrag enthält. Die deutsche Regierung kann, wenn sie in sich geben will, sich nicht darüber wundern, daß Frankreich und Belgien einen derartigen Handel ablehnen.

werden und Poincares Herz tiefer sinkt. Jehova hatte ja für die Armen im Geiste immer schon eine besondere Vorliebe. Wer weiß?

Einstweilen aber steht in der französischen Antwort der verhängnisvolle Satz: Die belgische und französische Regierung werden keinen deutschen Vorschlag in Erwägung ziehen können, solange der deutsche Widerstand im Ruhrgebiet fort dauert. Und mit dem deutschen Angebot geht sie auch nicht sehr glimpflich um. Wenn auch teilweise ziemlich plumpe Advokatenkünste angewandt werden, so ist doch nicht zu leugnen, daß sie in wirkungsvoller Weise — für die Welt — Deutschlands Angebot zerstückelt und zertrümmert. Aber das ist ja schließlich gleichgültig. Jedenfalls sind wir jetzt auf einem absolut toten Punkt angelangt.

Jetzt geht's ums Ganze!

Wir müssen zu einer Verständigung kommen. Das schreiben wir vor Monaten, und es gilt heute mehr als je. Ewig kann unser Widerstand nicht dauern. Unsere Wirtschaftskraft ist nicht unerschöpflich! Der Dollarkurs und die Arbeitslosenziffer sprechen eine deutliche Sprache. Die Stammtische und die bürgerliche Provinzpresse können ja ihren heldenhaften Kampf, und ihre Politik der starken Hand noch jahrzehntelang fortsetzen. Sie werden damit niemand stören und niemandem wehtun. Für die deutsche Regierung und für jeden Politiker von Verantwortung aber gilt der Satz: Es muß eine Verständigung gefunden werden.

## Die Stimmung im Westen.

Das Angebot der deutschen Regierung an die Entente-staaten hat im Ruhrgebiet mancherlei Hoffnungen auf die baldige Beendigung des schweren Kampfes erweckt. Durch die Pressestimmen, insbesondere aus Frankreich, ist dieser Optimismus zerstückt worden. An seine Stelle trat ein sehr ernster Pessimismus. Die Bevölkerung will zwar für das Vaterland noch Opier bringen und den Kampf — wenn es unbedingt sein muß — fortführen, aber mit Besorgnis schaut man in die Zukunft. Es heiße der deutschen Sache einen schlechten Dienst erweisen, wollte man nicht den Tatsachen offen ins Gesicht schauen und verschweigen, daß die große wirtschaftliche Sorge, mit der die Ruhrbevölkerung erfüllt ist, langsam die Widerstandskraft vermindert. Nicht ganz unbedeutend daran sind neben dem in letzter Zeit wieder sehr rührigen französischen Propagandadienst die Kommunisten. Sie führen jetzt überall einen scharfen Kampf gegen die Regierung, der sie vorwerfen, mit dem Angebot Deutschland ans Messer zu liefern und glatten Hochverrat begangen zu haben. Dazu kommen die neuen Preissteigerungen, die Unzufriedenheit der Bergarbeiter über den letzten Schiedsspruch, und die starke Mißstimmung, die sich auch bei anderen Arbeitergruppen über das Verschleppen der Lohnverhandlungen bemerkbar macht. Die Arbeiterchaft ist zum Teil der Ansicht, daß die Verschleppungspolitik der Arbeitgeber-Organisationen durch die Regierung unterstützt wird. Die Lügenmeldungen des französischen Nachrichtendienstes, der behauptet, daß z. B. in Bayern, Schlesien und Sachsen infolge der Ruhraktion sämtliche Betriebe stillgelegt werden mußten, werden zwar nicht geglaubt, aber ihre ständige Wiederholung ist nicht geeignet, den Kampfwillen der Arbeiterchaft zu erhöhen.

Dollar 37500.



# Reichstag.

Nach der Erledigung einiger kleiner Vorlagen setzte der Reichstag am Samstag die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fort. Gen. Siebel zerstückte die unglaublich unsoziale Rede des Zentrumsgeneralsekretärs André vom Tage zuvor. Er wies nach, daß von einer glänzenden Verzählung der Krankenkassenangeestellten nicht die Rede sein könne. Dagegen sei Tatsache, daß die Angestelltenversicherung einen ungeheuren fiskalischen Apparat unterhalte. Dies sei eine Verschwendung der Beiträge der Privatangeestellten. Die Kontrolle der Angestelltenversicherung beschäftige nicht weniger als 74 hohe Beamte, während das Berliner Versicherungsamt, das ungefähr ebensolche verlässerte Mitglieder zählt, nur 1 juristisch geübte Beamte habe. Gerade die Rücksicht auf die Klarheit unserer gesamten Wirtschaftsverhältnisse erfordert eine radikale Reform mit dem Ziele der Vereinfachung und Verbilligung der sozialen Fürsorge. Dann erlebte man ein wunderbares Schauspiel: Die Rede des Zentrumsgeneralsekretärs André in keiner Vorgesetztenform, sondern in der Form eines Privatgesprächs, nur zu denken wagen führte zwei Kassationsstellen, Ehr und Post, auf die Tribüne, die sich lebhaft bemühten, die Ausführungen André abzuhören oder ins Gegenteil zu verkehren. Die Linke begleitete diesen Rückzug mit sich immer wiederholender Kritik. Unsere Genossin W. Sch. hielt dem Zentrum den Spiegel vor und erklärte, daß alle Reformen nichts daran ändern könnten, daß ein Zentrumsmann diese unsoziale Rede gehalten habe. Sie sprach insbesondere über die Jugendfürsorge und hob hervor, daß auch die katholischen Jugendverbände mit der Rede des Herrn André nicht einverstanden sein könnten. Unsere Genossin W. Sch. begründete die Notwendigkeit eines Hausangehörigengesetzes. Gen. Siebel stellte verteilte Aufstellungen über das Internationale Arbeitsamt richtig und Gen. Siebel entwarf eine erschütternde Darstellung der Krankheiten in den heimischen Vertrieben.

Eine sozialdemokratische parlamentarische Entschließung über ein einheitliches Sozialversicherungs- und Krankenversicherungsrecht wurde dem Sozialen Ausschuss überwiesen. Angenommen wurden mehrere Entschließungen, so eine sozialdemokratische, die die Reichsregierung ersucht, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, daß Arbeiter, die infolge von Betriebsgefahren erkrankt (Berufskrankheiten), nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung entschädigt werden können. Ferner wurde die Reichsregierung ersucht, ein Gesetz über die berufliche Ausbildung Jugendlicher vorzulegen. — Fortsetzung der Debatte am Montag.

## Der immerwährende Steuerstand.

Die Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages am Sonnabend wurde mit einer längeren Rede des Reichsfinanzministers Hermes eingeleitet. Er vorbereitete sich aber weniger über die Frage, wie künftig die deutsche Finanz- und Steuerpolitik gestaltet werden soll, als über Einzelfragen, insbesondere solche, die mit der Belegung des Ruhrgebietes im Zusammenhang stehen. Ferner schilderte er die großen Schwierigkeiten in der Steuerverwaltung und Steuererhebung. Die starke Verzerrung der deutschen Finanzen sei lediglich die Folge der französischen Gewaltpolitik. Trotz dieser Feststellung sah sich Hermes zu der Bemerkung gezwungen, daß die deutschen besitzenden Kreise, insbesondere bei den geringen Vorauszahlungen zur Einkommensteuer, sich gegen die Zahlungen gewehrt hätten. Es bleibe deshalb der Vorwurf, daß viele Steuerpflichtige den billigen Kredit des Reiches pflichtwidrig in Anspruch genommen haben. Für die gegenwärtige Finanzlage verwies Hermes auf die dem Reichstage vorliegende Denkschrift aus dem Februar. Seitdem habe sich die Finanzlage des Reiches gewaltig verschlechtert. Die im Dezember 1922 bei 6,6 Milliarden Mark gebliebenen Ausgaben des Reiches in dieser Zeit auf 8,8 Billionen. Von ihnen waren nur 1,7 Billionen durch Einnahmen gedeckt. Die Erhöhung der Umsatzsteuer im Landessteuergesetz sei die einzig mögliche Hilfe für die Gemeinden. Er hoffe deshalb immer noch auf eine Mehrheit für die Erhöhung der Umsatzsteuer. Hermes sprach dann über die Stützungsaktion für die Mark und nahm hierbei die besitzenden Kreise in Schutz. Es sei ungerecht und unzureichend, der deutschen Wirtschaft als Gesamtheit den Vorwurf einer böswilligen Sabotage der Stützungsaktion zu machen. Als einzige positive Maßnahme kündigte er den Ausbau des Verbrauchsteuerwesens an.

Für die Sozialdemokratie sprach Abg. Dr. Herz. Beim Beginn der Ruhraktion habe die Regierung eine Verschärfung der Besitztümern in Aussicht gestellt. Nichts sei davon verwirklicht worden. Im Gegenteil, die Ausfuhrabgabe und andere Steuern seien wesentlich ermäßigt worden. Der Besitz habe das Reich in der schwersten Zeit bei verschiedenen Gelegenheiten im Stich gelassen, bei der Stützungsaktion am meisten. Es sei nicht zu verstehen, daß Hermes diese Kreise in Schutz genommen habe, obwohl doch selbst Hansenheim in seiner bekannten Rede das Verhalten dieser Kreise der Wirtschaft auf das schärfste habe verurteilt müssen. Redner bittet die Regierung um eine klare und zureichende Antwort auf die Frage, ob ein großes Unternehmen, das vom Reich einen Kredit von 4 Milliarden Mark gegen den billigen Reichsbankzins erhalten habe, diesen Kredit gegen höheren Zins weiter verliehen habe. Bei der Dollaranleihe hat der deutsche Besitz ungeheuer verlagert. Die deutsche Wirtschaft verleihe dem Reich den Kredit, während in Frankreich eine Staatsanleihe in derselben Zeit gewaltig überzeichnet worden ist. Das Ergebnis unserer Steuerpolitik sei ungeheuer aufreizend. Der Lohnabzug und die Verbrauchssteuern umfassen etwa 90 Prozent aller Steuereingänge. Die Belastung des Besitzes ist unbedeutend. Von 533 Milliarden Mark, die im Jahr 1922/23 an Einkommensteuern eingegangen sind, kamen 464 Milliarden, d. h. fast 90 Prozent aus dem Lohnabzug. Der Lohnabzug habe 1/2 der gesamten Steuereingänge aufgebracht. Umso unerträglich ist, daß die Finanzen verarmung die Vorauszahlungen für die Veranlagungspflichtigen auf Grund der ungeheuer niedrigen Einkünfte vom Jahre 1921 vornehme. Seine fernere Anordnung, daß die Verzugszinsen erst am 1. Juni in Kraft treten, sei gesetzwidrig; denn im Geldinwertungsengesetz sei als Termin ausdrücklich der 1. Mai vorgelegen. Dem Ausbau des Verbrauchsteuerwesens könne die Sozialdemokratie nur zustimmen bei früherer Inanspruchnahme der Besitztümern. Die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 1/2 Prozent lehne sie nach wie vor ab. Das Landessteuergesetz aber müsse so schnell als möglich verabschiedet werden.

Die Debatte wurde sodann auf Montag vertagt.

Die sozialdemokratische Reichstagsaktion hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vorgelegt, der mit Rücksicht auf die seit der letzten Sitzung der parlamentarischen Ermäßigung eingetretene Markwertminderung und Preissteigerung und die sich daraus ergebenden Lohnrückgänge für die kommende Zeit eine wesentliche Erhöhung der Ermäßigungsvorgabe vorseht. Die Abgabe von der Steuer für den Lohn, die Lohn und jedes Kind sollen um

100 Prozent erhöht, also verdoppelt werden, während eine Erhöhung der Werbungskosten um 150 Proz. vorgesehen ist. In der Begründung wird gesagt, daß eine Anpassung der Ermäßigungen beim Lohnabzug um so notwendiger erscheine, weil die Geldentwertung ohnedies zu einer steigenden Belastung des Einkommens geführt hat. Im Januar betrug der Anteil des Lohnabzugs am Gesamteinkommen in der Einkommensteuer 90 Prozent, im Februar 94 und im März sogar 96 Prozent. Von den 533 Milliarden Mark, die die Einkommensteuer vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 erbrachte, kamen rund 464 Milliarden Mark, das sind fast 90 Prozent, aus den Lohnabzügen. Dieser unerhörte Zustand, der die schwersten innen- und außenpolitischen Bedenken in sich trägt, soll durch den sozialdemokratischen Gesetzesentwurf wenigstens einigermaßen gemildert werden.

## Eine neue Indexziffer.

Das Wirtschaftsorgan von Hugo Stinnes, die „Industrie- und Handelszeitung“, berechnet neuerdings eine Teuerungsziffer, die wöchentlich veröffentlicht wird. Angefaßt der Tatsache, daß es neben dem statistischen Existenzminimum nur noch die Teuerungsziffer des statistischen Reichsamtes gibt, die für die Beobachtung der Veränderung der Lebenshaltungskosten ernsthafte Bedeutung verleiht, ist dieser Entschluß von großer Bedeutung. Er ist nicht ungehörlich, wenn ausgerechnet eine im Reichsbureau eines Schwerindustrie-Organes errechnete Ziffer auf Grund ihrer Aktualität bald den Vorrang in lohnpolitischen Entscheidungen erhalten wird. Man darf daher nicht am Ladel gegenüber dem statistischen Reichsamte sparen. Ist es nicht imstande, dasselbe zu leisten, was ein Redaktionsstab des Herrn Stinnes sich zutraut? Bei einigem guten Willen wäre man zweifellos dazu imstande gewesen. Wir glauben, daß dem statistischen Reichsamte nunmehr nichts anderes übrig bleibt, als das Verfahren seiner Teuerungsmessung rasch und gründlich zu modernisieren und zu aktualisieren. Zum mindesten müßte das in der Form geschehen, daß neben der Ziffer für das ganze Reich wöchentliche Zahlen für die Hauptwirtschaftspunkte und Arbeitszentren des Reiches herausgebracht werden. Das dürfte keine besondere Arbeit machen, würde aber die Garantie bieten, daß

der zweifelloste tendenziös zurechtgestrichene Stinnes-Ziffer (mag sie sich auch noch so wissenschaftlich verbrämen) eine amtliche, der mehr Zutrauen geschenkt wird, stets auf der Stelle gegenübergestellt werden könnte.

Der Unterschied der „Industrie- und Handelszeitung“ Teuerungsziffer (abgekürzt: I. u. H. Teuerungsziffer) gegenüber der des statistischen Reichsamtes besteht vor allem darin, daß von ihr „alle verfügbaren Tagespreise des Monats“ erfasst werden, während die Reichsziffer aus zwei Stichtagen jeweils einen Monatsdurchschnitt errechnet. Das stellt zweifellos einen bedeutamen Fortschritt dar, denn gerade die Erfahrungen der letzten Monate haben bewiesen, daß das amtliche Verfahren die Entwicklung der Verhältnisse ganz und gar nicht zu bewältigen versteht. Beispielsweise im Februar war die amtliche Ziffer alles andere als eine getreue Wiedergabe der tatsächlichen Entwicklung, da mit dem rapiden Aufstieg in der ersten Monatshälfte eine verhältnismäßig ruhige Entwicklung in der zweiten Hälfte zusammentraf. Der zweite Unterschied besteht in der Einbeziehung wesentlicher Ausgaben für Verkehr und kulturelle Bedürfnisse, jedoch die Stinnes-Ziffer bereits den Anspruch erhebt, die gesamte Verteuerung der Lebenshaltung gegenüber der Vorkriegszeit exakt zu beobachten. Es ist dabei von den Ausgaben ausgegangen worden, die sich in Arbeiterwirtschaftsrechnungen für Verkehrs- und Kulturbedürfnisse „als gewohnheitsmäßige Ausgaben vieler Arbeiterfamilien“ und auf Grund ergänzender Erhebungen, fanden.

Interessant ist, daß die „Industrie- und Handelszeitung“ schon jetzt selbst darauf aufmerksam macht, daß ihr Lebenshaltungsziffer etwas hinter der Reichsteuerungsziffer und ebenso hinter der Einzelziffer für Berlin zurückbleibt.

## Die Frage der Gerichtsbarkeit in Lausanne.

U. Lausanne, den 5. Mai.

Allmählich rückt die Orientkonferenz in streitigen Punkten der ersten Konferenz immer näher. Gestern vormittag wurde in der ersten Kommission die Frage der Gerichtsbarkeit von Ausländern angefaßt. Da man zu keiner Einigung kam, wurde die Frage schließlich auf eine spätere Sitzung vertagt.

## Der Krupp-Prozess.

Werden, 5. Mai.

Man nimmt an, daß eine Beendigung des Prozesses heute nicht mehr möglich sein wird, und daß die Verhandlungen am Montag fortgesetzt werden.

Zuerst wird die Vernehmung der Zeugen fortgesetzt. Herr v. Bülow, Direktor bei Krupp, kam über die Vorgänge am Karlsruher Tag wenig aus eigener Erfahrung berichten. Es war ihm mitgeteilt worden, daß Franzosen in dem Werk seien, und da er die Aufgabe hatte, im Fall der Anwesenheit einer französischen Kommission im Hauptverwaltungsgebäude im Auftrag des Direktors mit den Franzosen die ersten Verhandlungen zu führen, habe er sich nach dort begeben. Ein Eingreifen sei aber in keiner Weise in Frage gekommen, weil sich keine Kommission im Verwaltungsgebäude gezeigt habe.

Der französische Soldat Sequiere, der bei den Verhandlungen zwischen Müller und dem französischen Offizier am 31. März als Dolmetscher tätig war, schildert die Vorgänge mit erregten Worten und in stark übertriebener Weise, ohne daß er seine in der Voruntersuchung gemachten sehr wichtigen Aussagen durchweg aufrechterhalten kann. So hat er behauptet, Müller habe sich ihm bei den Verhandlungen als „Chef de garage“ vorgestellt, während er heute angeben muß, Müller habe erklärt, er wolle als Führer der Arbeitererschaft, welche die Belegung der Autogarage nicht dulde. Hier kommt es zu einem Zwischenfall.

Direktor Deckerle überlegt dem neben ihm sitzenden Betriebsratsmitglied Müller einige Worte des in der Hauptsache ohne Dolmetscher vernommenen französischen Zeugen, worauf der Staatsanwalt erregt Protest einlegt. Der Vorsitzende ordnet daraufhin an, daß Müller und die Direktoren nicht mehr zusammenitzten.

Sequiere behauptet dann weiter, daß Müller, wie er deutlich gehört habe, zu den Arbeitern gesagt habe, als der Offizier zum Direktor den Abzug abgelehnt habe, sie sollten um die Garage herumgehen, damit die Franzosen nicht herauskommen könnten.

Müller bestritt das mit aller Entschiedenheit und verweist auf die während der Verhandlungen vernommenen Zeugen, deren Aussagen das Gegenteil erweisen würden.

Es trat erhebliche Widersprüche vermittelte sich der Zeuge auch beim letzten, wichtigsten Teil seiner Aussage, wo er behauptet, er habe Müller gesagt, die Menge solle auseinandergehen, da der Offizier sonst schießen lassen werde. Auf Vorhalt nach er endlich zugeben, daß er wohl gesagt habe, es werde geschrien werden, wenn die Menge die Eingänge des Tunnels blockierte. Sequiere soll schließlich vor dem Gerichtssaal des französischen Offiziers fünf bis sechsmal die Worte gesprochen haben: „Wenn sie nicht weggehen, gibt es Feuer.“ Daraufhin trat eine kurze Pause ein.

In weiteren Verlaufe des Krupp-Prozesses wird eine Reihe von französischen Soldaten vernommen, die am 31. März in der Autogarage waren. Sie bestätigen im wesentlichen die Begegnung der Menge über die Haltung der Menge gegenüber dem Soldaten. Verschiedene Arbeiter zeigten mit Holzstöcken und anderen Gegenständen versehen gewesen. Ein Korporal behauptete mit Bestimmtheit, in den Händen eines Arbeiter einen Parabolrevolver gesehen zu haben kurz bevor der Revolver abgelehnt worden sei, und zwar habe dieser Mann unmittelbar hinter dem Betriebsratsmitglied Müller gestanden, nachdem Müller von dem Rücken eines Arbeiters aus zu der Menge gesprochen hatte. Ueber diesen Punkt befragt, erklärt Müller, daß dies früher der Mann sei, von dem er schon in seiner Aussage gesprochen habe. Der Mann habe zunächst in erster Reihe gestanden, sei aber dann durch ihn und Sander in die zweite oder dritte Reihe zurückgedrängt worden. Ob es ein Parabolrevolver gewesen sei, wisse er nicht. Es sei aber ein altes verrostetes Ding gewesen. Im Anschluß wird nach Direktor Deckerle befragt, ob bei Krupp irgendwelche Revolver hergestellt würden, was dieser aber mit aller Entschiedenheit verneint. Die Firma Krupp stelle keinerlei Revolver her und habe auch nie welche fabriziert. Als

### Letzter Schlußspruch

Am Donnerstag ein gewisser Snowden auf, der sich in dem Auto befand, das am 31. März in der Alsterdamm Straße von der Menge angehalten und beschlagnahmt wurde. Er ist

nach seiner Aussage von der Arbeiterschaft beschimpft und mißhandelt worden. Er muß aber zugeben, daß er schließlich durch das tatkraftige Eingreifen der Kruppischen Feuerwehr vor weiterem Schicksal bewahrt worden sei. Die Feuerwehr habe in jeder Beziehung beruhigend auf die Menge einzuwirken versucht und durch Spalierbildung gegen die Massen ihn vor weiterer Gefährdung bewahrt.

Der Arbeiterssekretär Reinartz, der seine in der Voruntersuchung gemachte Aussage zu unterzeichnen abgelehnt hat, weil er nicht kontrollieren könne, was in dem französischen Text stehe, war früher Vorsitzender des Arbeiterrates bei der Firma Krupp. Er weiß, daß zwischen Werksleitung und Arbeiterrat generelle Vereinbarungen bestanden.

Die Sirenen im Falle der Besetzung zu ziehen.

Diese Vereinbarung sei ein Ausfluß der Stimmung der Arbeiterschaft, die, seitdem die französischen Truppen im Ruhrgebiet standen, aus impulsivem Gefühl heraus spontan sich dagegen gewandt hätten, unter französischen Bajonetten zu arbeiten. Nach im Falle einer Besetzung durch deutsche Truppen in einem politischen Streit zwischen der Arbeiterschaft und der Direktion hätten die deutschen Arbeiter die Weiterarbeit abgelehnt, wie dies auch einmal tatsächlich geschehen sei. Die Firma habe in politischer Hinsicht

nicht den geringsten Einfluß auf die Arbeiterschaft,

die bezüglich ihrer Politik und lasse, was sie wolle. Der Zeuge bestätigt auch, daß er während der fünf Jahre, in denen er Betriebsratsvorsitzender war, alle Arbeiterfragen stets nur mit dem dafür zuständigen Herrn Cunz besprochen und sich weder an das Direktorium noch jemals in irgendeiner Angelegenheit an Herrn Krupp von Bohlen gewandt habe.

Nach der Vernehmung des Betriebsratsmitgliedes Brechler, der aus eigener Erfahrung nichts von den Vorgängen des 31. März weiß, wird der Präfer Hohn als Zeuge gehört, der Mitglied des Betriebsrates ist. Er berichtet, daß am 31. März der Betriebsrat aus drei Personen bestünde, nachdem Müller und Schlüter ihm von der Besetzung der Autogarage Mitteilung gemacht hätten, zu einer Beratung zusammengetreten sei. Dabei sei beschlossen worden, da die in der Autohalle stehenden Autos

zum Transport von Arbeitern und Lebensmitteln benötigt

wurden, zur Direktion zu gehen und die Sirenen ziehen zu lassen, um durch eine friedliche Demonstration den französischen Truppen zu zeigen, daß die Arbeiterschaft mit der Beschlagnahme der Autos nicht einverstanden sei. Dieser Beschluß sei einstimmig gefaßt worden, zumal schon seit Mitte März zwischen Betriebsrat und Direktor Cunz und Schraepfer eine generelle Vereinbarung in dieser Richtung getroffen worden sei. Bei dieser Vereinbarung hätten Cunz und Schraepfer den Betriebsrat darauf hingewiesen, daß eine derartige Demonstration, wenn sie einmal stattfinden sollte, absolut und in jeder Beziehung friedlich bleiben müsse. Der Betriebsrat habe erklärt, daß er dafür die volle Verantwortung übernehme. Hohn hat auch

keinerlei Waffen oder sonstige Gegenstände

in den Händen der Demonstranten gesehen bis auf eine alte verrostete Pistole. Speziell nach der Rolle Müllers bei der Demonstration befragt, befuhrte der Zeuge, daß Müller neben ihm dauernd mit der Beruhigung der Menschenmassen beschäftigt gewesen sei, selbst als einmal die französischen Truppen im Eingang der Halle erschienen und die Gewehre anlegten. Müller, der sich allergrößter Beliebtheit bei der Arbeiterschaft erfreue, könne er seit fünf Jahren, wie er mit ihm im Betriebsrat zusammen gearbeitet habe. Es sei Müller niemals eingefallen zu sagen, daß die Leute hinter die Garage sollten. Der Zeuge konnte auch noch bezeugen, daß das Geheul der Sirenen bereits 10 Minuten vor 11 Uhr aufgehört habe.

Nach der Vernehmung des Gewerkschaftssekretärs des Metallarbeiterverbandes Klever, der am 31. März eines von der Menge bedrohten französischen Geheimpolizisten befreit und in dem Betriebsratsbureau in Sicherheit gebracht hatte, trat um 4 1/2 Uhr eine Pause ein.

Der Krupp-Prozess wurde um 7 Uhr 10 Minuten auf Montag vormittag 8 Uhr vertagt. Da noch 18 Zeugen zu vernehmen sind, ist es zweifelhaft, ob Montag eine Beendigung des Prozesses möglich ist.



# Maitrieg in München.

## Sitlers Regiment in Kampfstellung.

Obwohl die Maitage in München selbst unblutig verliefen, sind die nachträglichsten Mitteilungen der „Münchener Post“ über den Aufmarsch der Sitlerschen Regimente von hohem Interesse für die Beurteilung der Lage, wie sie sich durch die Duldung der bayrischen Regierung gestaltet hat.

Im Laufe des Montags wurden von nationalsozialistischen Seite ununterbrochen Flugblätter in der Stadt verteilt, in der von der bevorstehenden „marxistischen Revolution“ geschwätzt und die Hafenkreuzer als angebliche „Notpolizei“ aufgeboten wurden. Welche Art diese „notpolizeilichen Anordnungen“ waren, zeigte ein kleines rotes Flugblatt der Vaterländischen Kampferverbände, das nur die Worte enthielt: „Achtung! Frauen und Kinder von der Straße weg!“

Aus den zahlreichsten ihr in die Hand gefallenen Parolezetteln gibt die „Münchener Post“ den folgenden wieder:

Verein deutscher Männer.

München, 29. April 1923.

### Sektion IV.

Die sämtlichen vaterländischen Verbände werden den für den 1. Mai geplanten roten Übergriffen im Einzugsland mit dem Herrn Ministerspräsidenten und im Verein mit Reichswehr und grüner Polizei (die bei Erscheinen mit „Heil“ begrüßt werden) entgegenzutreten. Es sammelt Dienstag, 1. Mai:

a) die beim Stoktrupp eingeteilten (Klopfer 41, Weingärtner 45, Eisele, Luz Lothar und Otto 46) und etwaige Freiwillige um 6 Uhr vormittags vor Haus Nr. 5 der Reichenhochstraße. **Wendler, Gummiknüttel** (in der Tasche), **Nuchad** und **Berpflegens**, **Armbinde** (in der Tasche), **Sportanzug**.

b) alle übrigen Herren 8 Uhr vormittags Turnhalle Nordendstraße. **Waffen und Armbinde** wie a), kein Gewehr! Einzeln sammeln! **Radschlepper** Rad mitbringen.

NB. Montag, 30. d. Mts., bitte ich in meiner Wohnung Klarstr. 23, anzufahren, ob Änderungen eingetreten sind.

Der Unterzeichner dieses Rundschreibens ist nach Angabe des Münchener Witzbuches der auch sonst in den nationalsozialistischen Kreisen Münchens wohlbekannte Ludwig Ritter von Tschickel, Generalleutnant a. D., Erzoffizier!

Ein weiterer Marschbefehl der Putzhilfen hatte folgenden Wortlaut:

### Dienst Oberland.

Montagabend 7,45 im Hader-Keller, Theresienhöhe, erscheinen. Dienstag früh 4,30 Bereitschaft! Sammeln in den Anlagen vorm Maximilianeum. Werkzeug mitnehmen, nicht sichtbar tragen! (sollt Unterdruck.)

Wie die „Münchener Post“ mitteilt, ergab eine Kontrolle am Dienstag früh, daß diese Parole genau befolgt war bis auf die Warnung vor dem sichtbaren Tragen des „Werkzeuges“. Die vor dem Maximilianeum bivaktierenden Feldmarschallmäßig ausgerüsteten Mannschaften trugen ungeniert ihre Stahlhelme, Gewehre, sogar Maschinengewehre zur Schau.

Die Leitung der Münchener Gewerkschaften, in deren Händen die Organisation der Maitage lag, machte auf die Vorbereitungen der Putzhilfen alle irgendwie in Frage kommenden behördlichen Stellen aufmerksam und ersuchte vor allem die Polizei um eine Meinungsäußerung über die Sache. Eine solche Meinungsäußerung war aber nur sehr schwer zu erhalten. Die Gewerkschaftsleitung wurde stundenlang hingehalten mit der Auskunft, daß die Beratungen im Ministerrat, der in der zehnten Abendstunde im Polizeipräsidium zusammentrat, noch nicht abgeschlossen seien. In der Nacht ließ die Regierung Plakate anhängen, in denen sie mitteilte, daß die Behauptung, sie selbst habe die „Vaterländischen Kampferverbände“ als „Notpolizei“ aufgeboten, unwahr sei. Die gleiche Erklärung gab sie für den Landeskommandanten und die Polizeidirektion ab.

Am Morgen des 1. Mai sah München dann ein großes Heerlager der Nationalsozialisten. Wie die „Münchener Post“ mit-

teilt, hatten die Nationalsozialisten ihr erstes Regiment in Stärke von 10 000 Mann alarmiert. Unter Parteiflagge meldet über den militärischen Aufzug weiter:

Die Ausrüstung der Mannschaften war durchaus militärisch. Sie waren in Jüge wie bei der Truppe aufgestellt. Jeder einzelne Mann der Sturmtruppen hatte ein modernes Infanteriegewehr, feiner Patronenart und Stoppkurtis. Auch Handgranatenabteilungen waren aufgestellt. Jeder Mann hatte drei Handgranaten am Gürtel und war außerdem mit einer Pistole ausgerüstet. Schwere und leichte Maschinengewehre sowie Maschinengewehre waren reichlich vorhanden. Sogar eine Batterie leichter 3-wälzigen Meterfeldgeschütze war hinter einer Baumreihe aufgestellt, mit der Zielrichtung auf die Arbeiterhäuser hinter der Theresienhöhe. Auch Flieger waren bereit, für die Flugblätter, die in Ballen aufgestapelt waren, Ebenso waren Handseile in Vorräthen, offenbar für den Fall, daß Gefangene gemacht wurden. Die militärische Überleitung lag bei Hauptmann Gehring, der den Posten merite trug.

Als absolut verbürgt bezeichnet unser Parteiflagge die folgende Mitteilung über die Herkunft der Waffen für die Sitler-Truppen:

In den frühen Morgenstunden sammelten sich die Sturmtruppen bei Oberwiesenthal und waren bis 8 Uhr früh im Besitz der Batterie und Maschinengewehre der Reichswehr die anstandslos an sie abgegeben wurden. Oberst Panzer verhandelte dann mit Hitler und seinem Stabe. Die Verhandlungen dauerten bis Mittag. Die auswärtige Reichswehr hatte bereits Oberwiesenthal gegen die Stadt zu abgsperrt, so daß nur noch ein Ausweg nach dem Würmtal freibleib, wohin die Sitler-Leute unter Zurücklassung der Artillerie und Maschinengewehre abmarschierten. Nachmittags bis gegen 4 Uhr stand seine Ausnahmeleistung im Englischen Garten. Ungefähr 2500 Mann, bewaffnet zum Teil mit Seitengewehren, mit Parabelschußwaffen und Brownings, unter den Mänteln waren Stielhandgranaten sichtbar. Als Kopfbedeckung trugen sie den Stahlhelm. Der Abmarsch erfolgte zwischen 4 und 6 Uhr. Der Bund Oberland sandte aus Tölz ein Artilleriegeschütz nach München. Es war an ein Lastauto gebunden. Das Geschütz wurde von der Münchener Schützenmannschaft beschlagnahmt. Mit dem Lastauto wurden 90 Gewehre, sechs Küken und 30 Stück Stielhandgranaten befördert. Die Bedienung wurde polizeilich interniert.

Dieser Aufmarsch einer vollständig mit allen modernen Waffen ausgerüsteten nationalsozialistischen Armee hat dann schließlich doch wohl den bayrischen Behörden gezeigt, wie groß die durch stille Duldung und verdeckte Unterstützung geförderte Gefahr geworden sei. Das Angebot auswärtiger Reichswehr und der Landespolizei hat dann wenigstens verhindert, daß es zu

## Devisen-Kurse.

Berlin, 7. Mai.

Ämtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		5. Mai.
Amsterdam	1 fl.	13366,50
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1980,03
Kristiania	1 Kr.	5705,70
Kopenhagen	1 Kr.	6904,20
Stockholm	1 Kr.	8007,42
Helsingfors	1 Finn. Mk.	947,62
Rom	1 Lire	1665,82
London	1 £	156607,5
Neuyork	1 Dollar	34189,31
Paris	1 Frs.	2294,25
Zürich	1 Frs.	6219,41
Madrid	1 Pesetas	5244,35
Wien	100 Kr.	48,02
Prag	1 Kr.	1029,42
Budapest	1 Kr.	7,03

einem kühnen Vortriebe kam. Das disziplinierte Verhalten der demonstrierenden Arbeiter und besonders der vorzüglich funktionierende sozialdemokratische Selbstschutz hat das Hebrige getan, um die Nationalsozialisten vollständig zu isolieren.

Die Bayerische Volkspartei hat jetzt eine Interpellation im Landtage eingebracht, in der sie von der Regierung Auskunft über die Teilnahme von Gymnasialisten an der bewaffneten Hitler-Garde verlangt. Wichtiger erscheint uns die Frage, welche Maßnahmen die bayrische Regierung und die Reichsregierung zu treffen gedenkt, um die Bildung von bewaffneten Banden zu verhindern und die bisherigen Organisatoren dieser Banden zur Rechenschaft zu ziehen.

## Die Ohnmacht der bayrischen Regierung.

SPD. München, 1. Mai. (Eig. Drahtber.)

Bei Beratung des Kapitels Münchener Polizeidirektion im Haushaltsausschuss des bayrischen Landtages entwickelte sich eine hochbedeutende politische Aussprache, deren Ergebnis zeigt, daß die Regierung von allen Parteien verlassen ist. Selbst ihre hauptstädtliche Stütze, die Bayerische Volkspartei, ließ sie im Stich. Die Abgeordneten Junke und Dr. Pfaffloszi drängten darauf, daß endlich von der Regierung die drohenden Gefahren erkannt und die nötige Energie und Tatkraft dagegen aufgebracht werden. Von der Zerkünderheit in den höheren Beamtenkreisen sprach eine Mitteilung des Abgeordneten Rohmut (Bayr. Sp.) über Neuorganisation eines Ministerialrats, die in einer Vertammung der Vaterländischen Verbände gefallen war. Dieser Ministerialrat hatte dort gesagt, die Regierung sei im Verein mit den Franzosen, dem Kardinal Faulhaber und dem Papste gewillt, Bayern vom Reich zu trennen. Die Mehrzahl der Beamten folgte aber der Regierung nicht auf diesem Wege. Minister Schwegler nahm während der zweitägigen Aussprache eine getadelt klägliche Haltung ein. Er wußte auf diese schwerwiegende Mitteilung aus dem Munde eines regierungstreuen Mitgliedes nichts weiter vorzubringen, als, er werde der Sache nachgehen, und wenn es sich so verhalte, so wäre der Beamte als ein Gutmischer entlarvt. Genosse Kofhauer stellte am Donnerstag und Freitag wiederholt die Frage an den Minister, woher die Waffen der Kampferverbände am 1. Mai stammten und wohin sie gekommen seien. Der Minister wußte nichts darauf zu erwidern, als daß der Fall erst untersucht werden müsse. Die Waffen befanden sich in den Händen der Reichswehr; aber er konnte nicht sagen, in welchen Orten sie niedergelegt worden sind. Auch die Abgeordneten anderer Parteien stellten die völlige Ohnmacht der Regierung fest, die unüberlegliche Beweise erbracht habe, daß ihre Machtmittel vollständig versagen. Die Debatte im Ausschuss kann nur als das Vorbild zu einer noch gründlicheren Aussprache im Plenum betrachtet werden, wenn der Etat der Münchener Polizeidirektion zur Beratung gelangt.

## Neue Verhandlungen über die Beamtenegehälter.

SPD. Am Freitag abend empfing der Reichsminister der Finanzen die Vertreter der Spitzenverbände der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Der Minister sagte zu, daß die laut früherer Vereinbarung am 11. und 15. Mai zu zahlenden Bezüge als bald ausgezahlt werden und daß über die weiteren Wünsche der Spitzenverbände nach Abschluß der möglichst zu beschleunigenden Vorarbeiten alsbald ein Termin zu weiteren Verhandlungen bestimmt werden würde.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freirecht Lübeck und Juslibeton Hermann Bauer; für Interzitat Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

## Der Wanderer ohne Weg.

Roman von August Hinrichs.

35. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Ja. Ich habe doch eine Mut auf sie, weil sie dich — du bist doch mein Freund, und ich wollte ihr gehörig die Wahrheit sagen — aber dann — dann konnte ich es doch nicht. Es tat mir so weh —“

Er stand mit einem unglücklich verlegenen Gesicht vor mir und entschuldigte sich, daß er ihr nicht böse sein konnte. Ach, ich verstand ihn nur zu gut.

„Hannes.“ sagte ich, „ich bin wieder gesund, und morgen, denke ich, kann ich hier los kommen. Dann ziehen wir zusammen in die Welt. Das wolltest du doch, nicht wahr?“

„Ja, das heißt, nicht so weit als du denkst. Aber das sag ich dir morgen. Jetzt erzähle mir von dir.“

„Von mir?“ Ach, Hannes — es ist alles so häßlich und gemein. Geht in der Nacht, die keine Wirtschaft hier am Hafen, und frage nach dem Pastor, der mag dir's erzählen. Und wenn du mich dann mithaben willst, dann komme morgen wieder.“

Er machte Einwendungen und wollte bleiben, aber ich sah ihn bald hinaus — ich mußte allein sein. Lulle — Lulle — es war doch nicht so leicht, alles zu vergessen.

Der Arzt schrieb mich auf meine Bitte gesund; ich packte mein winziges Bündel und hatte nun nichts mehr, was mich hier hielt. Am Abend sah ich lange an Alfreds Bett, der keine großen Augen nicht von mir ließ. Ich hätte ihm gern eine Kleinigkeit gebracht, aber ich besaß nichts — keinen Pfennig und nicht den geringsten Gegenstand, den ich ihm hätte geben können. Das tat mir leid und ich sagte es ihm.

Er lächelte still. „Ich will dir etwas zeigen.“ sagte er und zog unter seinem Kopfkissen ein zusammengepacktes Blatt Papier hervor — es war der Bogen, der ihm bedrückt wurde, weil eine Mädchenhand einem Knaben übers Haar fuhr. „Schreib mir deinen Namen hinauf, dann frage ich dich bei mir.“

Ich schrieb ihm meinen Namen und ein liebes Wort auf den Rand, er las es, lächelte dankbar und legte es behutend zusammen. Als die Schwester in unsere Nähe kam, verbarg er es tief an seiner Brust.

Hannes kam am anderen Morgen, sobald die Tür geöffnet war. Ich deutete mich, ihn zu fragen, was er alles erfahren habe, und er schloß vermißt es auch, davon zu sprechen. So nahm ich denn Abschied von meinem kleinen Freunde, und eine Stunde später hatte ich die Stadt hinter mir und wanderte mit Hannes, genau wie früher, auf der Landstraße entlang. Ich hatte mich nach dem Wohin gefragt, Hannes führte.

Er hatte offenbar etwas auf dem Herzen, aber er kam nicht damit heraus. Da fragte ich ihn geradezu: „Jetzt sag einmal, was hat dir der Pastor alles erzählt?“

Er wich verlegen aus: „Ach, ich wollte dir etwas ganz anderes sagen.“

„Erst muß ich wissen, was du gehört hast“, unterdrück ich ihn. „Später, wenn du erst etwas kräftiger wieder bist, sprechen wir einmal darüber.“ meinte er, aber ich blieb stehen. „Hannes, ich gehe lieber weiter, wenn du mir jetzt nicht alles ganz offen sagst.“

„Du hast doch noch denselben Dickschopf wie früher.“ sagte er ärgerlich. „Was willst du denn eigentlich wissen?“

„Was du von dem Pastor gehört hast, und wie du über mich denkst.“

Da legte er den Arm um meine Schulter: „Ich möchte es dir nicht sagen, aber einmal mußt du es ja doch erfahren — der Pastor ist tot.“

„Ich sah ihn erschrocken an, und er fuhr fort: „Der Wirt hat mir genug von euch beiden erzählt — ihr habt ein schlimmes Leben geführt. An mich hast du wohl überhaupt nicht mehr gedacht.“

Ich überhörte seinen Vorwurf: „Und wann — wie ist er gestorben?“

„Am Tage, nachdem du ins Hospital gekommen warst, verleidend er. Eine Woche später hat man ihn dann aus dem Wasser gezogen. Vielleicht ist er verunglückt.“

Aber ich wußte, daß er den Tod gesucht hatte, und sentte erschütterte den Kopf.

„Er hat ein schönes Begräbnis gehabt“, sagte Hannes. „Der Wirt erzählte mir, eine vornehme Frau sei dagewesen und habe dafür gesorgt. Er soll ein richtiger Graf gewesen sein.“

„Nein, Hannes, er war nur ein unglücklicher Mensch — wie ich.“

„Und du —“ sagte Hannes bekümmert. „du wolltest denselben Weg gehen —?“

Ich schweig und dachte erschrocken, wie nahe auch ich diesem Ziele schon gewesen war.

Hannes wollte mich von meinen trüben Gedanken abbringen und machte nach einer Weile eine Handbewegung: „So, das liegt hinter dir und ist abgetan. Jetzt habe ich auch noch etwas Gutes für dich. Raus einmal!“

„Ich weiß nicht, was gut sein könnte für mich.“

„Dann wenigstens für mich — was meinst du?“

„Ich kann's nicht raten.“

„Ach du!“ schalt er, und plötzlich warf er die Arme auseinander: „Lieber Gott, — ich hab ja so viel Glück!“

Das war ganz der alte liebe Hannes wieder. „Was ist denn?“ lachte ich, „ich freue mich gern einmal mit.“

Er schenkte seinen Hut in die Luft: „Ich hab eine Frau gefunden!“

„Hannes!“ ichrie ich erschrocken.

„Du — lachte er und warf sich an meinen Hals. „es ist deine Schwester, jetzt schimpfe nur!“

Und dann erzählte er mir, wie er Hilde angeheiratet hatte, nachdem wir uns getrennt hatten. Er fand sie in großer Not, die Tante war gestorben, Hilde hatte die Kinder nicht verlassen wollen, das kleine Geschäft der Tante fortgesetzt und so den Haushalt zusammengehalten.

„Sie ist ein prächtiger Kerl, sich nur, was sie aus mir gemacht hat“, sagte er stolz und sah an sich herunter, „und was sie alles kann! Ich bin ja so selig — wenn wir heimkommen, ist Hochzeit.“

„Hast du denn Arbeit?“ fragte ich, „und wo wolltest ihr wohnen?“

Großen sind ja schon aus dem Hause. So haben wir gleich einen ganzen Hausstand, denke nur, weshalb ein Glück!“

„Was sollte ich tun?“ Ich machte ihm keine Wolken in seiner Himmel malen, so freute ich mich denn an seiner Freude und wünschte ihm und Hilde von Herzen Glück.

„Und für dich ist auch noch ein Stückchen da“, sagte er, „daß wir dich immer bei uns haben — kann ich mehr vom Leben verlangen?“

Ich wollte den beiden nicht zur Last fallen, das stand fest aber heute machte ich Hannes nicht durch eine Abgabe ergrünten und lächelig. Mein Weg lief anders, als der seine — irgendwohin ins Unbekannte, ob ins Dunkle oder Helle, wer wollte das sagen?

Jetzt, nachdem das Trübe hinter uns lag, wollte Hannes nicht mehr aus noch ein vor lauter Glück und schwache unaufrichtlichen von all seinen Hoffnungen, bis er plötzlich innehielt und mich treten anließ.

„Was ist?“ fragte ich.

„Tut es dir weh, wenn ich ein wenig froh bin?“ fragte er mitleidig.

Ich lachte ihn aus: „Aber jetzt erzählt einmal, wie sie es gemacht hat, um dich einzufangen?“

Er dachte nach und meinte dann verwundert: „Daß weiß ich selbst nicht. Ich glaube, es war das reine Mitleid mit mir, weil sie doch ein so gutes Herz hat. Und da nahm sie einmal meine Hände — ja, so war's und da —“

„Was denn?“

„Ach du — lachte er, „das will ich lieber nicht erzählen — da frag sie selber!“

Und er wurde vor Vergnügen rot wie ein Schuljunge.

Nach zwei Wandertagen ging es ihm nicht mehr schnell genug weiter, so fuhren wir denn die letzte Strecke mit der Bahn.

Im Sturmschritt rannte er am Ziel durch die Straßen. Als wir endlich in das kleine Haus traten, rühr er die Stubentür auf und lächelte: „Ich hab ihn!“

Kinderstimmen jubelten auf, sechs, acht Kerlchen schlangen sich um seine Knie, mich aber nahm Hilde in ihre mütterlichen Arme. Einen Augenblick schloß ich befehl im Gefühl des Geborgenheit die Augen — hier wohnte das Glück.

Die Hochzeit war klein und bescheiden. Hannes und ich be-lagten keine Sonntagskleider, aber Hilde hatte unsere Anzüge unter den Händen gehabt, so waren sie wenigstens sauber und geworden. Sie selber sah im hellen Kleid und mit dem Kranz im Haar aus wie als Kind, wenn sie auf eine merkwürdige ernste Art mit ihren Puppen spielte. Als sie den Kopf beugte, war es mir, als früge sie eine Dornenkrone.

Am Nachmittag saßen wir beim Kaffee. Außer uns und den Kindern war nur noch deren Vormund, ein alter Schütz-macher, mit seiner Frau zugegen. Der blinzelt Hilde mit seinen trüben Augen an und hielt allerlei anzügliche Reden, die Hannes in seiner Empfindung nicht einmal verstand. Hilde aber sah den überflüssigen Allen ruhig an und sagte offen: „Natürlich müßten wir uns Kinder, jülicher Gott uns schenkt, und wenn es ein Dutzend wäre.“

„Se, he.“ lachte der Alte zu seiner Frau, „hast du gehört, ein ganzes Dutzend will sie gleich.“

„Ja“, lachte Hilde, „ich hätte sie alle lieb.“

„Ja“, lachte der Alte zu seiner Frau, „hast du gehört, ein ganzes Dutzend will sie gleich.“

„Ja“, lachte Hilde, „ich hätte sie alle lieb.“

(Fortsetzung folgt.)



# Auffallend preiswerte

# Damen-

# Bekleidung

**Hemdblusen** gestreifter Zephir, zum durchknöpfen ..... **9500**

**Sportblusen** weißer Panama, gute Verarbeitung ..... **12500**

**Vollvoile-Blusen** moderne Macharten, mit Hohlraum-Garnierung ..... **19500**

**Kostümröcke** aus grauen, haltbaren Stoffen mit Knopf-Garnierung ..... **9800**

**Falten-Kostümröcke** marinebl. Cheviot karierten Stoffen ..... **19500**

**Frotté-Kostümröcke** moderne Streifen ..... **29000**

**Wasch-Kleider** aus einfarbigen Waschevole reizende Neuheiten ..... **19000**

**Woll-Kleider** reinwollener Cheviot, mit farbiger Stepperei ..... **29000**

**Vollvoile-Kleider** in verschiedenen Farben mod., kleidsame Formen ..... **38000**

**Woll-Kleider** reinwollener Cheviot, mit moderner Garnierung ..... **59000**

**Gabardine-Kleider** reine Wolle, sandfarbig mit reicher Tressengarn. **95000**

**Kunstseiden-Kleider** in verschied. modern. Farb. Jesche Machart **98000**

**Jackenkleider** reinwollener Cheviot mit Tressengarnierung, Jacke gefüttert. .... **75000**

**Jackenkleider** aus Donegal, flotte Form, Jacke ganz gefüttert. .... **95000**

**Jackenkleider** engl. gemusterten Stoffen, moderne Sportform. .... **115000**

**Donegal-Mäntel** in grau, moderne Formen reizend garniert ..... **49000**

**Sommer-Mäntel** englisch gemusterten Stoffen verschiedene mod. Formen **59000**

**Sommer-Mäntel** sandfarb., Wollstoffe, Rücken mit Faltengarnierung ..... **79000**

**Kinder-Kleider 12500** jede weitere Größe 1500.- mehr  
aus Waschmusselin ..... Größe 45

**Mädchen-Kleider 23500** jede weitere Größe 2000.- mehr  
reinwollener Cheviot ..... Größe 60

# Holstenhaus

1 Regulator, 1 Grad mit Weile, 1 Bl. Koffein, mittl. Fig., Sr. Diener, 2 Spiegel billig zu verk. (1435) Schmitt, 65.

Zu verk. eine gr. Silberbestecke m. Platin, ein eich. Handbuch und Messing-Gängelampe. Kronsfelder Allee 61, I. (1445)

1 E. Lederkoffer, 2 Sanduhr, u. Glas u. a. Sandharmonika z. verk. (147) Danneberg, 5.

Zu verk. 1 gr. Handkoffer, 50 m neuen Hühnerdraht, 3 elektr. Lampen, 1 Seilkanne. Schönfelder-Allee 37 a. (1444)

Kleinstwagen zu verkaufen. (1454) Kronsfelder Allee 128, I.

1 Fahrrad ohne Ver., 7500,- mit, 1 braun. Nachsch., 42, 5000,- zu verk. (1444) Schmitt, 65

1 B. gute Langschiffen, Gr. 45, z. verk. (1444) Schmitt, 65

3 verk. gut erh. Brennvorhänge. (1495) Reimer, 11, 12.

Zu verk. 2 Bild. Verhüll. Porzellan. (1496) Reimer, 11, 12.

Gutes Unterbett zu verk. Gr. u. A 863. (1426)

Ein Wollmantel für 2 bis 3 St. Herren, mit neu. zu verk. Schmitt Allee 117, 12. (1470)

Beiz-Arten zu verk. (1457) Schmitt Allee 21-25

Oberteile zu verk. (1452) Obermann 11.

1 frischmilchige Bier z. verk. (1450) Seibel, 10.

Sehr große Herd. (1449) Schultz, Kronsfelder Allee 1.

3 verk. Bild. 3 St. Kinderbett m. Bettzeug, Knauer, Waisen, Carl. (1464) Gieseler, 29 a.

Gr. 1 Damen u. a. Herrenrad. (1448) Karl Müller, Gärtn. Wälder, 51, 27.

Al. Haus gerührt u. Ausg. Ang. um. A 865 an die Exp. z. 81. (1458)

**Steppdecken** Anfertigung u. Neuheiten. Spethmann Breite Str. 31. Fernsp. 8559 (1429)

**Anzeigen,**  
Die in der am dem betr. Tage erscheinenden Nummer des „Lübecker Volksboten“ veröffentlicht werden sollen, müssen bis 10 Uhr vorab in unserer Geschäftsstelle angeschlossen sein. Größere Anzeigen erhitzen wir tags vorher.  
**Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.**  
Reichenstraße 46.

**Goldbutt**  
billig. 400-500 St. Eggers, (1458) Reimer, 11.

**Einmerbier.**  
Dienstag vormittags von 7-9 Uhr (1458) Brauerei Stamer.

Nach langjähriger Abwesenheit lasse ich mich hier am 5. Mal als Dentist nieder. Meine Tätigkeit erstreckt sich auf alle Gebiete operativer und technischer Zahnheilkunde moderner Richtung. (1465)  
**Hugo Willrath, Dentist**  
Mühlentorstr. 30, Eing. Kavärlstr. 2.

**Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914**  
Herausgegeben im Auftrage des Auswärtigen Amtes.  
In 3 Bänden gebunden.  
**Buchhandlung Lübecker Volksbote**

**Triakt**  
**Lübecker Porter und Malzbier.**  
Zu haben in anerkannter Güte, in Gebinden und Flaschen. (1428)  
**Brauerei H. Bade.**

Das Buch.  
**Erlösung von der Schwangerschaft**  
ist zu haben in der  
**Buchhandlung Lübecker Volksbote.**

1490. 2490.  
**Eisen, Metalle, Knochen, Lampen, Alfen, Papier**  
**Erdmann, Glasgerät. 61**  
Telefon 2751.

Die freien Gewerkschaften,  
die freigewerkschaftlichen Angestellten-Verbände,  
die Gewerkschaften der Beamten,  
vereinigt  
im UGB., in der Ufa,  
im Allgem. Deutschen Beamtenbund,  
haben zusammen ca.  
**28 500 Mitglieder.**  
Das offizielle Publikationsorgan obiger Organisationen ist der  
**„Lübecker Volksbote“**  
Der deshalb im „Lübecker Volksboten“  
**inseriert,**  
erzielt  
**durchschlagenden Erfolg.**  
13679

**Zidelfelle, Schweinshaare**  
kaufen höchstgütlich  
**Giebr. Wagner,**  
Dannewitzstraße 26,  
(1470) Gieseler, 29 a.

**Majelka-Tee**  
Er ein guter, billiger Tee für Morgen Tee.  
Sollen Sie sparen, so machen Sie bitte einen Versuch mit  
**Majelka-Tee.**  
Sie werden hinsichtlich Güte und Preis höchste Freuden empfinden. (1427)  
Preis 100.- Gr.-Paket 50.- Pf.  
Zu haben in allen Apotheken u. Drogerien.

**Konzerthaus Flora.**  
Freitag, den 11. Mai 1923, abds. 8 Uhr.  
Deutsche Gesellschaft für psychische Forschung!  
**Demonstrationsabend** mit 50 Lichtbildern  
von Franz Hanelt, Hamburg,  
über: **Moderner Spiritismus**  
1. Teil: **Die Geister im Lichtbild!**  
Materialien zur Geisteswissenschaft, Aufhebung des Schwerkochs, spiritistische Sitzungen und Erfahrungen, Tischreden, Fingerringe, Phantome der Toten, gerichtlich anerkannter Spuk, Wunder des somnambulen Zustandes usw.  
2. Teil: **Experimente!**  
Belegmateria veränderter Medien, Sitzung auf der Bühne vorgeführt. Wie die Geister schreiben! Paltergeißel, phrenastik usw. Heilscher und Telepathieversuche. Autosuggestionverführung und phänomenale Selbst-Experimente.  
Preise: Reserviert 2000.-, 1. Pl. num. 1500.-, annum. 1000.-, einschließlich Steuer.  
Vorverkauf bei Robert, Musikalienhdlg. (1436)

**Einmerbier**  
jeden Dienstag von 8-6 Uhr.  
1489) H. Bade.

**Trocadero.**  
Schlüsselbud. 4. F. 787  
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:  
**Stimmungs-Konzerte.** (147)

**Hania-Theater.**  
Heute (1460) Montag und folgende Tage 8 Uhr:  
Gastspiel der Operettensängerin Gertrud Seewald-Schultze. Hamburg.  
Film Nr. 444.  
(Nero)  
mit Reinhold Wolf als Film-Kaiser Nero.  
Film-Diva Gertrud Seewald-Schultze als Gast.

**„Die tolle Lola“**  
kommt. (1461)  
Gastspiel des Hamburger Carl Schultze-Theaters.

**Stadttheater Lübeck**  
Dienstag, 7 Uhr: St. A. Egmont.  
Mittwoch, 7.30 Uhr: St. A. Zum letzten Mal Der Mikado.  
Die 6. und 7. Gruppe für sämtliche Vorstellungen des Carl Schultze-Theaters sind bereits ausverkauft. Billettsstellungen täglich an der Theaterkassa. (1442)



## 38. Verbandstag nordwestdeutscher Konsumvereine.

Lübeck, 7. Mai.

Am Sonnabend nachmittag sprach der Lehrer an der Genossenschaftsschule in Hamburg, Herr Robert Schweikert, über das genossenschaftliche Fortbildungswesen, worauf die Delegierten gemeinsam die Zentrale des Konsumvereins mit der neuen Bäckerei beschäftigten. Die Einrichtungen fanden ungeteilten Beifall. Am Sonntag morgen hielt Herr Dr. Karl Hermann Mater ein Referat über die Steuerpolitik der Konsumgenossenschaften, an das sich eine kurze Debatte knüpfte. Recht belehrend wurde der Verbandstag durch ein Referat der Genossenschaftssekretärin Lene Greeg-Bremerhaven über die Tätigkeit der Frau in der Genossenschaft. Die Rednerin behandelte die Frage der Gewinnung der Frau für die Genossenschaft vom rein praktischen Standpunkt aus, wobei sie die Erfahrungen in ihrem Tätigkeitsbereich in recht munterer Weise darlegte. Einige leichte Seitenhiebe auf den männlichen Egoismus rief einige Redner auf den Plan, die sich mit satirischen Mitteln an das Rettungswerk über die Kritik ihrer Geschlechtsgenossen heranmachten. Besonders brachte Herr Udam-Kiel allerlei aus seinem Herzensschatz gegen die Frauenwelt in der Genossenschaft hervor und umhüllte es mit so heizender Fronte, daß ihm Verbandsfunktionär Vietz das Zeugnis in die Tasche steckte, dieser Udam sei nicht nur aus lauter Bosheiten zusammengesetzt, sondern das Vorgebrachte sei eine besondere Bosheit dazu. Bei diesem, mit viel Humor und Draht gezeichneten Verhandlungsgegenstand kam manche Wahrheit und beherzigenswerte Lehre ans Tageslicht, die bei den Genossenschaftsvertretern zu gegebener Zeit Verwendung finden wird.

Am den Ort des nächsten Verbandstages kämpften Ruzhavan, Norderny und Osabrück. Bei der Abstimmung siegte Osabrück.

Der gute Stern, der über dem Verbandstag waltete und sämtliche Vertreter ausnahmslos während der ganzen Tagung zusammenhielt, leuchtete mit besonderer Kraft beim Festkomers am Sonnabend im Gewerkschaftshaus. Der Lübecker Festauschuss unter Genossen Göhrs Leitung hatte ein so famoses Programm zusammengestellt und für eine so glatte Abwicklung der 21 Punkte gesorgt, daß nur eine Stimme des Lobes darüber herrschte. Auch zahlreiche Genossen am Orte waren erschienen. Das Orchester stand unter Leitung des Kapellmeisters Dr. Parzem, der nebenbei den Chorverein dirigierte und den mitsingenden Künstlern vom Stadttheater: Fräulein Böhle und Herrn Heimberg, ein dezenter Begleiter am Klavier war. Fräulein Böhle brachte mit glotzender Stimme Arien und Lieder zu Gehör und sang auch mit Herrn Heimberg ein Duett aus Carmen. Sie wurde mit Beifall überschüttet und mußte sich zu einer Zugabe bequemen. Recht wirkungsvoll sang Herr Heimberg die Graterzählung aus Bohemgrin. Aber auch die kleinen Liedchen tönten klangschön aus des Künstlers Brust. Walter Böhne griff im Uebermut seiner Laune herzhast den Humor beim Schopf, nachdem er den famosen Prolog August Radsch gesprochen hatte. Mit der „Instruktionsstunde“ und der Charakterstudie „Die schönen Tage von Aranjuez“ stellte Böhne harte Proben auf die Zwerchfellfestigkeit des vollbesetzten Saales. Dem Chorverein gehörte für seine Mitwirkung besonderer Dank. Vom Fortschritt seiner Leistungen zeigten sowohl die Männerchöre wie der gemischte Chor. Und der Frauenchor selbst erntete soviel Beifall, daß er sich zu einer Zugabe verstehen mußte. Als 11 Uhr das Programm abgewickelt war, herrschte bei allen Festbesuchern nur eine Stimme des Lobes über alle Darbietungen. Die auswärtigen Genossenschaftsvertreter werden es gewiß weitertragen.

Wenn heute, Montag abend der Dampfer Möve aus Häfftrug zurückgekehrt ist, wenn das Kinderheim der Produktion-Hamburg beschäftigt wurde, werden die Delegierten mit dem Bemühen in die Heimat zurückkehren, eine Genossenschaftstagung in Lübeck erlebt zu haben, die neben ernster Arbeit zugunsten der Genossenschaftsbewegung auch Stunden der Erholung geboten und zu neuem Schaffen im Dienste der Allgemeinheit angeregt hat.

### Verhandlungsbericht.

Die Jahresrechnung für 1922 wurde einstimmig genehmigt. Ueber die Festsetzung der Verbandsbeiträge referierte Verbandsfunktionär Vietz. Die bisherige Erhebung nach den früheren Umständen gehe nicht mehr an. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Beitrag auf 85 Pfg. pro 1000 Mark Umsatz festzusetzen und zwar quartalsweise. Damit werde der Verein auf eine sichere Grundlage gestellt. Man solle endlich auch hier einmal Papiermark und Goldmark auseinanderhalten und dürfe den ungeheuren Aufgabekreis des Verbandes nicht vergessen. Der Verbandstag beschloß den Beitrag nach dem vorgeschlagenen Satz gegen 3 Stimmen.

### In der Nachmittagsitzung

Referierte Herr Robert Schweikert über das genossenschaftliche Fortbildungswesen. Die genossenschaftliche Erziehungsarbeit sei ein Wegbereiter und Helfer in der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung. Die Auswirkungen der Wirtschaft stelle immer höhere Anforderungen an den einzelnen. Ein hohes Maß von Sachkenntnis, Hingabe an das Amt und Opferwilligkeit werde verlangt und erfordere planmäßige Erziehung für die im Genossenschaftswesen Tätigen. Für alle Funktionen ergebe sich die Pflicht, die Erziehungsarbeit planmäßig und mit Ausdauer zu betreiben. Heute könne man nicht mehr dem einzelnen überlassen, wer Führer sein soll. Eine vorzügliche Auswahl bei der Bestimmung der Führer und leitenden Beamten sei notwendig. Doch die Auswahl lege entwicklungsfähige Menschen voraus. Insbesondere müßten junge Kräfte auf ihre höhere Aufgabe vorbereitet werden. Erziehungsarbeit hätten die Konsumgenossenschaftler schon immer geleistet, aber mit dem bisher Leblichen komme man heute nicht mehr aus. Der Redner erinnerte an die Tätigkeit Prof. Staudingers und an die zentralen Fortbildungseinrichtungen, die sog. Wanderkurse sowie Vorstandswahl- und Aufsichtsratskurse. Der Krieg habe leider die beachtlichsten Schulkurse in Hamburg zunichte gemacht. Nach dem Kriege wurde die Bildungsarbeit wieder aufgenommen. Seit 1912 bis

heute fanden 20 Vorstandskurse statt, die von 520 Konsumgenossenschaftler besucht waren und 560 Kursteilnehmer aufwiesen. 20 Aufsichtsratskurse waren von 794 Genossenschaftlern mit 2776 Vertretern besucht. Weiter fanden Kontrollkurse und Genossenschaftskurse, sowie ein Sekretärkursus statt. Die Kontrollkurse waren von 85 Vereinen mit 153 berufsmäßigen Kontrollleuten oder Vorstandsmitgliedern besucht. Am Sekretärkursus nahmen 50 Personen teil. Notwendig sei es aber ganz besonders, auch weibliche Kräfte an den Kursen teilnehmen zu lassen. Die Schulkurse in Hamburg seien unter Leitung zweier Lehrer, die theoretische und praktische Bildung vermitteln. Sie seien hauptsächlich auch für jüngere Leute gedacht, die aus dem kaufmännischen Leben kommen und Führereigenschaften erlernen lassen. Den tausenden Privatkapitalen im Reich, die als Stützen des Privatkapitals dienen, muß ein Gegengewicht entgegengesetzt werden. Dazu genügen keine mehrtägigen Kurse, sondern solche, die Monate dauern, damit auch tüchtige und überzeugte Genossenschaftler herangebildet werden können. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Zustände dürfe eine Einschränkung der Unterrichtseinrichtungen nicht stattfinden. Die Vorstandskurse müßten im Gegenteil auf 5 Wochen ausgedehnt werden. Ebenso müßten die Aufsichtsratskurse etwas erweitert werden. Das Maß der Bildungsarbeit hänge natürlich von den zur Verfügung stehenden Mitteln ab. Der letzte Beitrag habe für diesen Zweck 20 Pfg. pro Mitglied betragen. Dazu sei ein außerordentlicher Beitrag von 50 Pfg. gekommen. Mit diesen Mitteln sei aber die in Aussicht genommene Arbeit nicht durchzuführen gewesen. Notwendig seien 60 Millionen. Deshalb habe man beschlossen, 50 Pfg. pro Mille Umsatz zu erheben. Mit 42 Millionen Mark Einnahmen habe man rechnen können. Die arden Vereine hätten diesen Beitrag bereits bezahlt. Der Redner wünscht, daß alle Vertreter auf dem Genossenschaftstag in Götting dem Antrag zustimmen mögen, 50 Pfg. pro Mille Umsatz nach dem Geschäftsergebnis vom 1. 7. bis 31. 12. 22 zu bezahlen. Diese 50 Pfg. sollen zugleich als Ablösung des Pflichtbeitrages für das 1. Vierteljahr 1923 gelten. Bei den allenfalls in Betracht kommenden Summen in größeren Vereinen solle man die Geldentwertung in Rechnung stellen. Ob den kleinen und mittleren Vereinen weitere Hilfe durch Gehaltszahlung der Kursteilnehmer gewährt werden soll, hänge von dem Beschluß in Götting ab. Jedenfalls aber müßten die Kontrollkurse recht zahlreich besucht werden. Keine Dorer büßten geübt werden, um die Kontroll- und Bildungsarbeit zu fördern. Diese Ausgaben würden sich reichlich bezahlt machen. Nechzeitig müßte für tüchtigen Führerersatz gesorgt werden. Ein Ueberfluß an Führern sei nicht vorhanden. Auch der kleine Konsumverein müßte an der Bildungsarbeit mitwirken und für die notwendige Literatur sorgen. Das demnächst herauskommende Handbuch für Aufsichtsräte müßte in die Hand eines jeden Konsumvereinsangestellten kommen.

In der Aussprache machte Verbandsfunktionär Vietz detaillierte Angaben über die Bildungsarbeit. Es scheint, daß der Ueberfluß von Fortwärtzreden etwas nachgelassen habe. Die Zahl der Anmerkungen zu den Kursen habe nachgelassen. Etwas besser ließe es mit dem Kursus für die Aufsichtsratsmitglieder, der demnächst in Götting stattfindet. Dagegen lasse die Teilnehmerzahl für den Kontrollkursekursus zu wünschen übrig. Das sei um so mehr zu bedauern, weil sich die Kosten für diese Kurse ganz besonders zum Vorteil der Vereine bezahlt machen. Wie mancher alte Genossenschaftler hätte früher vieles gegeben, wenn ihm Gelegenheit zur Fortbildung gegeben worden wäre. Heute sei durch die Tätigkeit der Fortbildungskommission Gelegenheit gegeben, zum Nutzen der Einzelvereine und des gesamten Genossenschaftswesens Einzelvereine heranzubilden.

Referierte Herr Udam-Kiel über die Notwendigkeit der Weiterbildung und betont, daß der Lübecker Konsumverein jetzt veruche, Lehrlinge aus den Kreisen der Genossenschaftler heranzubilden. Sie hätten schon als Kinder Genossenschaftslehrlinge in den Konsumvereinen kennen gelernt und seien empfänglich für diesen Gedanken. Bisher habe man die Angehörigen aus den bürgerlichen Betrieben nehmen müssen. Der Redner hofft, auf einer späteren Tagung günstige Resultate berichten zu können.

Um 15 Uhr wird die Tagung geschlossen, um gemeinsam die Zentrale des Lübecker Konsumvereins zu beschäftigen.

### 2. Verhandlungstag.

Vom Internationalen genossenschaftlichen Frauenausschuss ist ein Begrüßungsschreiben eingegangen, das der Verhandlung besten Erfolgs wünscht. Nach Verlesung der Anwesenheitsliste durch Verbandsfunktionär Schweikert referierte Dr. K. H. Mater-Hamburg über die Steuerpolitik der Konsumgenossenschaften. In seinen Ausführungen hob der Referent das Wesen der Konsumgenossenschaften gegenüber der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise recht scharf hervor. Die Konsumgenossenschaften wollen die Hauswirtschaft kräftigen und stärken, ohne für sich ein Entgelt zu beanspruchen, stellen also ein profitloses Wirtschaftsprinzip auf im Gegensatz zum herrschenden kapitalistischen Prinzip. Die Genossenschaften erlangen nur die Erlaubnis der Selbsttötung. Sie stellen ihren Mitgliedern gute und billige Waren zur Verfügung. Sie erstreben keine Vermögensmehrung, sondern eine Aufgabenerfüllung. Die bloße Erparnis an Ausgabe stellt aber keine Gewinne dar. Der wirtschaftliche Vorteil der Mitglieder liegt nicht in der Nutzung eines hohen Gewinnes, sondern in der Lieferung guter und preiswerter Qualitätsware. Der Kapitalismus ist ein Profit, die Konsumgenossenschaft ein Sparinstitut. Sie verfolgt keine Interessen, die den Mitgliedern widersprechen. Im Gegenteil besteht eine Interessensharmonie, ein Weisheitskampf zwischen Verein und Mitgliedern ist undenkbar. Wenn kalkulatorische und soziale Gründe erfordern, daß Ertrüggungen in der Kasse bleiben, um zum Vorteil der Mitglieder wieder Verwendung zu finden, so hat dies mit Profitwirtschaft nichts gemein. Der Konsumverein wird auch dadurch nicht zum Händler, daß er unnötige Zwischenglieder ausschaltet.

Mit einem Wort: Dem Konsumverein fehlt die Gewinnabsicht, folglich ist er auch kein Gewerbebetrieb. Das Verständnis der Leistung der Genossen und der Gegenleistung der Genossenschaft hat nicht dieselbe Bedeutung wie das sich im freien Verkehr ergebende. Das Ganze ist keine Austausch-, sondern eine Organisationsfrage. Der Genosse kauft in Wirklichkeit nicht beim Konsumverein, sondern der Konsumverein kauft für den Genossen. Das ergibt sich schon aus dem § 1 des Genossenschaftsgesetzes, der davon spricht, daß der Verein den gemeinsamen Einkauf der Lebensbedürfnisse und den Ueberfluß im Uebermaß bewirkt. Ein Verkauf findet also im Rechtsinne nicht statt. Dieser Rechtsgrundsatz ist sowohl von der Wissenschaft wie von der Rechtsprechung anerkannt. Die erstere vertritt durchgängig die Ansicht, daß die Konsumvereine einen Gewinn nicht erstreben. Und das Reichsgericht hat schon 1884 unweidutig gesagt, daß die Konsumvereine keine Gewerbebetriebe sind. Ebenso entschied das Oberlandesgericht Berlin wie auch die meisten Oberlandesgerichte. Ein Kammergerichtsentcheid stellte ebenfalls fest, daß die Konsumvereine nur Waren verteilen und nicht verkaufen. Im Laufe dieses Jahres haben sich viele Schöffengerichtsentscheidungen dieser Auffassung angegeschlossen. In der Frage des Umsatzes hat die Rechtsprechung genau so entschieden.

Dies alles ist wichtig für die Beurteilung der direkten und indirekten Besteuerung. Da es nun einmal feststeht, daß die Konsumvereine keinen Gewinn erstreben, müssen sie von der Gewerbesteuer befreit werden. Der Redner geht weiter auf die Körperschaftsteuer ein und betont, daß es im wesentlichen auf die Stellungnahme der Behörden ankommt. Die Finanzbehörden verhalten sich mancherorts, die Genossenschaften zur Körperschaftsteuer heranzuziehen mit der Begründung, daß sie Waren aus dem Reichsgebiet abgeben. Meistens genüge ihnen schon ein einzelner Fall. Von einem Geschäftsbetrieb könne man aber doch nur dann sprechen, wenn Regelmäßigkeit vorliege. Es komme doch darauf an, ob die Organisation dafür verantwortlich gemacht werden könne. Die Länder müßten den Grundhieb respektieren, daß Konsumvereine keine Gewerbebetriebe sind, sie dürften bei den Ergänzungsteuern keine anderen Grundzüge aufstellen als bei den Hauptsteuern. Im einzelnen besprach der Redner die steuerlichen Maßnahmen der Länder und Gemeinden und ging näher auf die Umsatzsteuer ein, von der die Konsumvereine ihrer ganzen Organisation nach befreit werden müßten. Seit Bestehen der Umsatzsteuer habe der Zentralverband deutscher Konsumvereine gegen diese Steuer gekämpft. Der Kampf der Genossenschaften gelte nicht etwa steuerlicher Bevorzugung, sondern sie kämpften lediglich um das Recht.

In der Aussprache brachte Udam-Kiel ein Beispiel, wie die Berichte den Konsumvereinen eine Fessel anzulegen verständen. Tatsächlich könne man beobachten, daß den Einräden der Genossenschaften weniger Beachtung geschenkt würde, als den Konsumvereinsagenden. — John-Lübeck erklärte, auch das Lübecker Schöffengericht werde sich demnächst mit der Frage beschäftigen, ob sich der Konsumverein bei der Warenabgabe aus dem Kreis seiner Mitglieder beschränke. Der Verein habe, um ganz sicher zu gehen, davon Abstand genommen, Probeeinkäufe zu gestatten. Der größte Teil der Bevölkerung habe Gelegenheit genug, auch so die Leistungsfähigkeit des Vereins zu erkennen. Man müsse sehr vorsichtig sein, da die Konsumvereinsgegner unter Anwendung unzulässiger Mittel versuchen, den Nachweis zu erbringen, daß der Konsumverein an Nichtmitgliedern verkaufe. Eine gute Kontrolle müßten Lagerhalter und Verkäufer zur Pflicht gemacht werden. — Senz-Lübeck erläuterte die Steuerhältnisse in Lübeck, wo die Besteuerung der Konsumvereine durch die sozialdemokratische Fraktion bisher unterbunden wurde. Obwohl die Finanznot der Länder und Gemeinden die Erfassung aller Steuerquellen erheische, so müßten wir doch an dem Grundhieb festhalten, daß Reichs- und Landesbesteuern in Einklang ständen. — Verbandsfunktionär Vietz forderte scharfe Anwendung an das Verkaufspersonal, damit Nichtmitglieder auf jeden Fall von den Warenabgaben ferngehalten werden. Selbst wenn es nicht verboren wäre, an Nichtmitglieder zu verkaufen, müßten wir trotzdem den Grundhieb hochhalten, daß nur der Waren beziehen könne, der der Genossenschaft gegenüber seine Pflicht erfüllt. — Schweikert-Hamburg forderte u. a. Umsierung der Worte Warenverkauf und Gewinn aus dem konsumgenossenschaftlichen Sprachgebrauch und tritt dafür ein, daß in Zukunft weder Rabatt noch Rückverteilung gewährt wird, sondern diese als Sparkonto dem Vertriebskapital zuzuführen soll.

Ueber die Tätigkeit der Frau in der Genossenschaft sprach Fräulein Lene Greeg-Bremerhaven. Im allgemeinen habe man wenig getan, den Frauen den Genossenschaftsgedanken nahezubringen. England und Amerika hätten in bezug auf diese Aufklärungsarbeit Vorbildliches geleistet. Den Ueberfluß an lebhafte Agitation habe die internationale Frauenkonferenz in Basel gegeben. Die Rednerin gibt Beispiele praktischer Arbeit aus ihrer Tätigkeit als Genossenschaftssekretärin. Durch die Beförderungen mit den Frauen habe man vielen Verärgierungen vorgebeugt, und das Vertrauen der Hausfrauen zur Genossenschaft gewonnen. Nachdem dies geäußert sei, konnte man an die systematische Bildungsarbeit herangehen, ihnen z. B. den Geschäftsbericht, Verwaltungsangelegenheiten u. m. erklären. Die Frauen müßten eben besonders behandelt werden, weil bei ihnen nicht für jede Sache dauerndes Interesse vorhanden sei. Ein und dasselbe Problem müßte man von den verschiedensten Seiten mit ihnen behandeln. Mit der Zeit würde das Interesse gewickelt und man könne sich an ernstlichere Fragen heranmachen, ja sogar Mitarbeiterinnen aus diesen Kreisen heranziehen. Man müßte durch praktische Versuche in kleinem Kreise den Grundhieb legen, damit die Frauen selbständig denken lernen und ihren Gedanken rechten Ausdruck verleihen könne. Die Rednerin läßt sich auch über den Widerstand aus, der der agitatorischen Frauenarbeit entgegengebracht werde, sein Hauptgrund, weshalb so wenige Frauen für diese Zwecke gewonnen werden. In Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftskreisen, auch in führenden, herrsche noch zu viel Mannesegoismus. Man sei noch zu wenig durchdrungen von der Notwendigkeit der Schulung der Frau. Es müßten immer wieder die grundlegenden Fragen behandelt werden. Wenn die Frauen vom Genossenschaftsgedanken durchdrungen werden sollen, müsse man der Eigenart der Frau Rechnung tragen. Wenn auch in absehbarer Zeit kein Bombenerfolg mit der Frauenagitation erzielt werde, so lege man doch den Grundhieb zum Verständnis des Genossenschaftswesens. Eine derartige ausschließliche Aufklärungs- und Werbearbeit mache sich wieder doppelt und dreifach bezahlt, aber sie müßte vom Persönlichkeitswert getragen sein. Das Wirtschaftsleben habe Mann und Frau gleichmäßig an. Deshalb müsse jede besondere Frauenorganisation in gemeinsamen Organisationen abgelehnt werden. Eine Frau an die Stelle eines Mannes nur des Preitiges wegen an einen verantwortlichen Posten zu setzen, wenn diese nicht die nötigen Fähigkeiten besitze, sei völlig verwerflich. Hand in Hand müsse gearbeitet werden, unter Anerkennung der Selbständigkeit und Gleichberechtigung der Frau zur Durchföhrung des ersehnten Sieges. (Leb. Beif.)

Möller-Hamburg glaubt, daß der Beitrag, so schön er auch sei, an die falsche Adresse gerichtet wurde. Er hätte zu Frauen gesprochen werden müssen. Aus Erfahrung könne er sagen, daß die Frauen die schärfsten Gegnerinnen ihrer erfolgreicheren Geschlechtsgenossinnen seien. Selbst besondere Unterrichtskurse für Verkäuferinnen hätten höchste Erfolge gezeitigt. — Udam-Kiel wünscht lebhafte Verbindung der Genossenschaftsfrauen untereinander. Aus diesen Kreisen müßten alle Pflegerinnen hervorgehen, die in der Wohlfahrtspflege gebraucht werden. Im Genossenschaftswesen gab es viele Fragen, die des besonderen Interesses der Frauen bedürften, und unter Frauen besonders besprochen werden müßten. — Frau S. a. m. n. Bremen hält besondere Frauengilden unter Umständen für notwendig. Selbstverständlich müsse die Frau aber für den Genossenschaftsgedanken an der Seite des Mannes kämpfen. — Verbandsvorort Vietz betont, der Vortrag des Fräulein Greeg habe bewenden sollen, praktische Vorschläge für diejenigen Genossenschaften zu geben, die gewillt sind, sich der Frauenagitation mehr zu widmen. Und Fräulein Greeg habe diese Aufgabe glänzend gelöst. Die Referentin habe mit vollem Recht jede Sonderorganisation abgelehnt. Jeder Funktionär sei willkommen, ob Mann oder Frau, wenn er seinen Posten ausfülle. Ebenso richtig sei die Ablehnung von sogenannten Konzeptionsfrauen in den Genossenschaften. In der genossenschaftlichen Arbeit könnte sehr wohl eine Arbeitssteigerung zwischen Mann und Frau stattfinden. Vorbedingung für erfolgreiche Genossenschaftstätigkeit seien tadellos eingerichtete Warenabgabestellen, zuvorkommendes Bedienungspersonal und genügend ausgebildete Funktionäre, dann komme man auch vorwärts. Seminare und Entschuldigungen müßten überwinden, dann



haben wir auch tüchtige Frauen als Mitkämpferinnen in unseren Reihen gewinnen. — Schweierte-Hamburg erklärt, der Fortbildungskommission seien alle Mitarbeiter beiderlei Geschlechts willkommen. — In einem kurzen Schlusswort tritt Prof. Grech wiederholt für genossenschaftliche Erziehungsarbeit bei Frau und Mann ein. Weg mit dem Egoismus und her mit dem Gemeinschaftsgeist, ruft die Referentin, dann wird alles zum Nutzen der Genossenschaftsbewegung ausschlagen.

Röhler-Kostof legt eine Entschädigung gegen die beachtliche Vorkommnisse der Konsumvereine in Mecklenburg vor, die vom Genossenschaftstag angenommen wird.

Als Tagungsort des nächsten Verbandstages wird Demarshaus gewählt.

Es werden noch Wahlen vorgenommen. Aus dem Vorstande scheiden turnusgemäß aus: Ernst Nolte (Hannover); aus dem Aufsichtsrat scheiden turnusmäßig aus: Ernst Nissen (Hannover), Karl Röhler (Kostof) und aus anderen Gründen Karl Herzog (Bielefeld). Sie werden wiedergewählt mit Ausnahme von Herzog, an dessen Stelle Strobel (Bielefeld) tritt. Die 4 Mitglieder des Generalkonvents werden wiedergewählt.

Verbandssekretär Schweierte kündigt die Tagung mit Dankworten an die Delegierten, das Festkomitee und die Genossenschaften am Orte, sowie an die Presse.

## Freistaat Lüneburg.

Montag, 7. Mai.

### Lüneburger Schiffsverkehr im April 1923.

Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Landesamtes sind 126 Dampfer mit 30 666 Netto-Reg.-Tons, 42 Segler mit 3385 und 7 Seeleichter mit 2223, zusammen 175 Handelsschiffe mit einem Netto-Raumgehalt von 36 879 Reg.-Tons angekommen und 126 Dampfer mit 28 776 Reg.-Tons, 44 Segler mit 3906 und 7 Seeleichter mit 3010, zusammen 177 Schiffe mit 35 692 Netto-Reg.-Tons abgegangen. Der Gesamtverkehr belief sich also auf 352 Schiffe mit einem Netto-Raumgehalt von 72 571 Reg.-Tons. Gegen den März eine Zunahme von 40 Schiffen und 7960 Reg.-Tons, die zu 3927 auf die Einfuhr und zu 4933 auf die Ausfuhr entfielen. Beladen waren einkommend 82 Schiffe mit 24 557 Reg.-Tons und ausgehend 150 mit 22 952 Reg.-Tons. Dem Raumgehalt nach hielten hierher 66,6 (80,4) v. H. der angekommenen und 64,3 (55,7) v. H. der ausgehenden Schiffe Ladung. Die Zahl der beladenen Schiffe war in der Ausfuhr um 68 höher als in der Einfuhr, trotzdem blieb der Raumgehalt der auslaufenden um 1605 Reg.-Tons hinter dem der ankommenden zurück. Das kommt durch die Segler, von denen nur 5 mit Ladung ankamen, dagegen 45 beladen ausliefen. Unter deutscher Flagge fuhren 163 (46,3 Proz.) und unter fremder 189 (53,7 Proz.) Schiffe, darunter 129 schwedische, 29 dänische, 13 finnische und 6 norwegische. 63 Schiffe mit 9519 Reg.-Tons verkehrten mit 6 norwegische, 63 Schiffe mit 9519 Reg.-Tons mit Dänzig, 23 mit 7236 mit Finnland, 101 mit 19 295 mit Schweden, 16 mit 5679 mit Norwegen, 126 mit 10 643 mit Dänemark und 11 mit 12 585 mit England; 2 Schiffe mit 984 Reg.-Tons kamen von Holland und 1 Schiff mit 2251 von Spanien und 4 Schiffe mit 2165 Reg.-Tons gingen nach Estland aus. Der Güterumschlag betrug in der Einfuhr 31 208 (33 845) und in der Ausfuhr 29 527 (21 928) Tonnen. Der gesamte Warenaustausch belief sich also auf 60 735 Tonnen gegen 55 673 im Vormonat. Die Einfuhr ging um 2636 Tonnen zurück, die Ausfuhr nahm dagegen um 7700 Tonnen zu. Unter den Einfuhrwaren standen Erze (12 220 T.) und Eisenabfälle (11 803 Tonnen) an erster Stelle. Zur Ausfuhr gelangten neben Gütern hauptsächlich wieder Salz (13 950 Tonnen) und Gipssteine (3581 Tonnen).

**Börschlichtung.** Die vom Stiftungsvorstand vorgelegte Abrechnung für das verlossene Rechnungsjahr weist an Reinerträgen und 8 Millionen Mark auf. Der Stiftungsvorstand hat die Verteilung dieser Summe in folgender Weise bestimmt: für das Jugendheim, für die Jugendherbergen und für die Studentenbörse, sowie als Beihilfe zum Besuch der Gothenburger internationalen sportlichen Veranstaltungen je 1 Million Mark; ferner für die Altershilfe 2 Millionen Mark (zur Verfügung des Wohlfahrtsamtes und der Zentrale für private Fürsorge), für die Notgemeinschaft 1 Million Mark, für das Arbeiterinnenheim und für die Krankenpflege durch evang. Diakonissen je Mark 500 000.

**Der deutsche Gesandte in Finnland.** Graf Zech, war nach einer Mitteilung des Nachrichtenamtes am 2. und 3. Mai zu Besprechungen über schwebende Fragen unserer Beziehungen zu Finnland nach Lüneburg gekommen. Die Verhandlungen, zu denen Vertreter der Handelskammer und der Deutsch-Finnländischen Vereinigung zugezogen waren, fanden unter Leitung der Senatskommission für Handel und Schifffahrt statt. Der Gesandte hat sich über alle Wünsche auf dem genannten Gebiet eingehend unterrichtet.

**Provinzialbank für den Landesteil Lüneburg.** In der am Sonnabend, den 28. April stattgefundenen 7. Verwaltungsrats-Sitzung der Provinzialbank wurde die vom Vorstand vorgelegte revidierte Bilanz genehmigt. Der Gesamtumsatz im Jahre 1922 belief sich auf 3 519 281 662,31 Mark. Der von der Bank erzielte Reingewinn beträgt 8 964 535,46 Mk. Aus dem uns vorliegenden Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes: „Das Jahr 1922 war für unsere Bank ein Jahr der Entfaltung und des Aufstieges. Alle Zweige unseres Betriebes zeigten eine außergewöhnliche Zunahme und nur unter Zuhilfenahme von fast täglichen Überstunden konnte der ständig wachsende Geschäftsverkehr bewältigt werden. Der Mangel an gut durchgebildetem Fachpersonal, das trotz Bemühungen des Vorstandes nicht in der erforderlichen Anzahl zu bekommen war, machte sich besonders im zweiten Halbjahr hindernd bemerkbar. Günstig beeinflusst wurde die Entwicklung der Bank durch Errichtung von Zweigstellen innerhalb des Landesteils, von denen wir im Berichtsjahre Timmerdorferstrand, Warnsdorf, Sassenhof, Malente und Hühfeld unter Übernahme der Neuen Spar- und Leihkasse der Gemeinde Hofen eröffneten. Ferner übernahmen wir am 1. Juli 1922 die Geschäfte der Unteren Bank a. G. m. b. H., die mit Rückwirkung vom 1. Januar 1922 auf uns überging und deren Kundenkreis ohne Ausnahme mit uns weiterarbeiten. Die Zahl der bei uns geführten Konten betrug Ende 1922 2211 gegen 363 bei Beginn des Berichtsjahres. Die Geldverhältnisse im Berichtsjahre waren recht günstig. Nach außerordentlicher Gelddrängigkeit folgte wiederholt starke Nachfrage nach Mitteln, namentlich von Seiten des Landesverbandes und der Gemeinden. Wir waren fast immer in der Lage, die benötigten Gelder aufzubringen und haben selbst in den geldknappen Zeiten von uns gewährte Kredite nicht zu kündigen brauchen. Obwohl die bei uns geführten kleinen Konten den Kostenaufwand nicht aufbringen, haben wir unserem gemeinnützigen Charakter gemäß kündigungslos solcher Konten nicht vorgenommen.“

**wb. Stadthallen-Lichtspiele.** „Die Fledermaus“ als Sensationsfilm. Das hätte sich Johann Strauß auch nicht träumen lassen. Operetten zu verfilmen, glückt nicht immer. Aber Max Rast hat doch eine sehenswerte reizende Bilderzenerie aufgebaut. Erweitert Vorgebüchse ist hinzutombiniert worden. Bei Eisenheins war fast zu viel Glanz, wie überhaubst Dekorationen und Kostüme sehr geschmackvoll getroffen sind. Harry Liedtke und Paul Heidemann münden das Freundespaar Eisenheins aus. Gegenüber. Genio India Pariz die Atele und Eva Man die Kojalinde. Prinz Orlovska hatte Ernst Hofmann als Darsteller. Die Komit des Prosz kann im Film nicht ausgedrückt werden. Immerhin bietet der Film eine angenehme Unterhaltung. Der Mann aus dem Westen führt in das Band- und Wartenleben New Yorks. Der Mann aus dem Westen gehört zu der Schönmars. Er rettet einen Verdrachten, dessen

Lochter er hebt und heiratet, vor der Schwane, vome dag von Tochter eine Ahnung davon hat. Diese glaubt vielmehr, daß der Vater gebemügt und sinnt, neben der Verweigerung an eheliche Gemeinschaft, auf Rache. Es glückt ihr durch ein Wärtchen, den Gatten zu ruinieren, um dann erst vom Vater die Wahrheit über ihren Mann zu erfahren. Eine Goldwyn-Romödi, „Der dicke Bill im Lunapark“ bringt wirklich komische Situationen.

**P. Hansa-Theater.** Film Nr. 144 (Nero), Schwann operette in 3 Akten von Ludwig Fabit. Musik von Otto Peterfen Spielleiter: Raven. Dirigent: Hornikel. Das Hansatheater hat seinem berühmten Komiker Reinhold Wolf, dem dieser Abend der erste Linie galt, in der Operettenfängerin Gertrud Seemalk Schulte aus Hamburg, die als sehr annehmbare Gastsängerin gewonnen war, eine solche und gewandte Partnerin zur Seite gestellt, die ihrer Aufgabe gerecht wurde. Mit der Wahl dieser Stücke, für das die Bezeichnung Schwankoperette noch zu spruchvoll ist, das vielmehr eine Burleske, z. T. nur ein Glomerat, mit einigen zusammengeschriebenen Musikeinlagen darstellt, hat das Hansatheater einen bemerkenswerten Tiefstand erlitten. Abgestandene Kalamer und Zweideutigkeiten niedere Niveau werden nebenbei in buntem Reigen serviert. Und das Publikum wecherte. Da öde Längen nicht gestrichen waren dauerte die Vorstellung fast bis gegen Mitternacht: und das noch nichts sein? Reinhold Wolf wurde für seine bezwingende Komik und Akrobatik reich mit Liebesgaben bracht; auch Gertrud Witt und Hansi Köse bemühten sich um ihre kleineren Nebenmüßigen Rollen mit Erfolg. Helene Wajinger-Staring macht durch zu starkes Auftragen aus ihrer Rolle eine Farce, Ludwig Ziegler war als Liebhaber reichlich steif; im allgemeinen setzten die Darbietungen der übrigen hiesigen zahlreichen Mitwirkenden ein außerordentlich beschädetes Publikum voraus, selbst bei einer Durchschnittshöhe von 209; es fehlte leider sogar nicht an gelegentlichen Darstellungen kleiner Rollen, die geradezu Schmierens charakter trugen. Soll das etwa die sommerliche Kost sein, mit denen das Hansatheater ein wirklich recht geduldetes Publikum abzuspeisen versucht?

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Spiritisten ohne Geist.** Am Freitag, dem 11. Mai, abends 8 Uhr, spricht Herr Franz Hanelt (Deutsche Gesellschaft für psychische Forschung) über Spiritismus, Mediumismus usw. In der Hand von 50 Lichtbildern und Experimenten wird gezeigt, was an Spiritismus Wahrheit, Täuschung oder Betrug ist. Die Experimente im 2. Teil sind besonders interessant und für unverbesserte Geistesgläubige empfehlenswert. (Siehe Anzeige.)

**Stadtheater.** Dienstag: „Egmont“ von J. W. v. Goethe mit der Musik von Beethoven. Regie: Seidmann. Im Mittwoch-Abonnement wird zum letzten Mal die burleske Operette von Sullivan „Der Mikado“ gegeben. Die 6. und 7. Platzgruppe für sämtliche Vorstellungen sind bereits ausverkauft. Billetsverkauf täglich an der Theaterkasse.

### Angrenzende Gebiete.

**Urich.** Gefängnisstrafe für Butterwucherer. Die Strafkammer Urich verhandelte gegen drei Landwirte aus dem Rheiderland wegen Wuchers mit Butter. Ein Angeklagter hatte 25 Pfund zu 8000 Mark verkauft und sogar 10 000 Mark gefordert. Die Strafe betrug 3 Monate Gefängnis und 1 1/2 Millionen Mark Geldstrafe. Die beiden Angeklagten hatten je 50 Pfund zu 7500 bzw. 7000 Mark verkauft; sie erhielten 2 bzw. 1 Monat Gefängnis und je 1 Million Mark Geldstrafe. Der Urich von Sachverständigenauslagen hatte das Gericht festgestellt, daß zur Zeit des Verkaufes (10. Februar) ein Butterpreis von 6000 Mark angemessen gewesen sei, was auch dem derzeitigen Bremer Marktpreis entsprochen habe.

# Provinzialbank für den Landesteil Lüneburg

Bilanz am 31. Dezember 1922.

1448

Vermögen.		Schulden.	
	M.		M.
Kasse	5 215 201	Betriebsmittel	5 000 000
Koupons-Konto	9 202	Reservefonds	500 000
Guthaben:		Spar- und Rückstellungen-Konto	13 269
a) bei der Reichsbank	1 728 429,88	Guthaben anderer Banken	21 383 223
b) bei dem Reichsamt	1 039 751,45	Verbindlichkeiten:	
Guthaben bei den Banken	21 637 571	a) täglich fällig	150 836 224,66
Wechselbestand	14 077 072	b) später als u. 3 Mon. fällig	4 800 960,75
Schuldner in laufender Rechnung (davon		Hypotheken-Konto	38 000
Kasse des Landesverbandes und Gemein-		Reingewinn	8 964 535
den Mt. 72 833 554,69)	144 837 176		
Bankguthabe-Konto	298 124		
Stadtkammer-Konto	52 000		
Juventar-Konto	551 673		
	189 536 243		189 536 243

## Gewinn- und Verlustrechnung

am 31. Dezember 1922.

	M.	M.
Effekten-Kont-Konto	332 453	332 453
Sorten-Konto	121 555	121 555
Risik- u. Provisions-Konto	12 891 397	12 891 397
Intasso-Provisions-Konto	95 953	95 953
Schraufmiete-Konto	200	200
Diskont-Konto	1 108 584	1 108 584
Gewinn-Vortrag von 1921	3 589	3 589
Umsatz-Konto	4 999 501	4 999 501
Reingewinn 1922	8 964 535	8 964 535
	18 963 856	18 963 856

## Gewinn-Verteilung.

Gewinn 1922 (einzieh. Vortrag aus 1921)	8 964 535,46
Vertragmäßige Vergütungen an den Vorstand	1 165 885,—
	7 798 650,46
Abführung auf Juventar-Konto	661 672,50
	7 136 977,96
Abführung auf Bankguthabe-Konto	298 133,55
	6 838 844,41
Abführung auf Stadtkammer-Konto	51 993,—
	6 786 851,41
Abführung auf Neubank-Konto	4 688 210,—
	2 108 641,41
Zuführung auf Steuer- und Rückstell-Konto	936 731,—
	1 171 910,41
Reservefonds II.	1 000 000,—
	182 404,41
Vortrag auf neue Rechnung	182 404,42

## Bilanz am 1. Januar 1923.

Vermögen.		Schulden.	
	M.		M.
Kasse	5 215 201	Betriebsmittel	3 000 000
Koupons-Konto	9 202	Reservefonds I	500 000
Guthaben:		Reservefonds II	1 000 000
a) bei der Reichsbank	1 728 429,88	Spar- und Rückstellungen-Konto	1 000 000
b) bei dem Reichsamt	1 039 751,45	Guthaben anderer Banken	21 383 223
Guthaben bei den Banken	21 637 571	Verbindlichkeiten:	
Wechselbestand	14 077 072	a) täglich fällig	150 836 224,66
Schuldner in laufender Rechnung	140 148 956	b) später als u. 3 Mon. fällig	4 800 960,75
Bankguthabe-Konto	1	Hypotheken-Konto	38 000
Stadtkammer-Konto	1	Reingewinn	1 165 385
Juventar-Konto	1	Gewinn-Vortrag	182 404
	189 936 228		189 936 228

Der Vorstand.

Der Verwaltungsrat.

H. Hanke, Kahlstedt, Greenberg, Schumann, D. Hanke, Wilms, Revisorpräsident, Borjander.

Am Sonnabend entschloß sich nach längerem schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin (1471)

**Maria Benthien** geb. Frommhagen in eben vollendeten 41. Lebensjahre.

In tiefer Trauer  
**Heinrich Benthien** und Kinder.  
H. Frommhagen.  
W. Wiebke u. Frau.  
E. Möller Ww.  
H. Langbehn u. Fr. Johs. Leverenz u. Frau.

Beerdigung Mittwoch, 9. Mai, Trauerfeier 3 1/2 U., nachmitt. Kap. Barm.

Für erwiesene Aufmerksamkeit u. Geschenke zur Silberhochzeit danken herzlich

**Johann Dunkelmann** Chajotstr. 11. u. Frau.

Sämtlichen Bahnarbeitern für aufopfernde Liebe für unsern Sohn

**Paul Peters** herzlichen Dank (1457) Familie Peters.

Zum 15. Mai ein Mädchen für Hausarbeit.

Frau **D. Wagner** (1456) Goldenstraße 8.

Kinderwagen u. Sportfarre z. vert. (1457) Schwönetenquerstr. 6.

**Quieta** mit Bohnenkaffee

Nur in den bekannten Paketen, niemals lose, gibt es überall = Quieta = mit feinem Bohnenkaffee.

**S. D. D.** Folgende Mitglieder sind im Monat April verstorben

**E. Eichholz**  
**Fr. Jaekstat**  
**H. Kaehding**  
**P. Kaven**  
**O. Busse**  
**J. Bordier**  
**Grete Waack**  
**P. Peters**  
**H. Zarnow** Schlutup  
**U. Wendland**  
**P. Lindenberg** Schlutup.  
Ghre (1893) ihrem Andenken! Der Vorstand.

Fast neue Waschluje zu vert. (1454) Dornefir. 20.

Gut f. 14j. Mädch. z. vt. (1453) Segebergstr. 26, II.

Kaffeeanischen zu kaufen gef. Ang. m. Preis u. A 864 an d. Exp. (1451)

Verloren eine Schiebellehre, Messwerkzeug. Abzugeben geg. Belohn. (1453) Glandorffstr. 37, I.

Ad. Hübner Uhrmacher Fuhmann 13. Uhr- u. Goldwarenplg. u. Reparaturwerkst. (1859)

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (1261)

**Otto Albers** Markt 4 Kohl. 10

Jüngerer Tagewächter zum 15. Mai gesucht (1441) Barholz, Friedenstr. 86.